

***Einwohnerratssitzung 2005/2006  
Protokoll Nr. 8***

Sitzungsdatum ***Donnerstag, 18. Mai 2006***  
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 19:30 Uhr  
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

---

Protokoll Yvonne Rösli  
Direktwahl 041 329 63 09

19. Mai 2006 ry

---

***Anwesend***

Präsident	Thalmann Robert
Einwohnerrat	27 Mitglieder Bolzern Leo (bis 17:00 Uhr)
Gemeinderat	5 Mitglieder
Gemeindeschreiber	Lang Robert
Protokoll	Renggli Alexandra Rösli Yvonne

***Entschuldigt***

Einwohnerrat	Bienz Viktor Heini Martin
--------------	------------------------------

### **Traktanden**

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen</u>   |            | Seite 311 |
| 2.  | <u>Protokoll Nr. 6</u> vom 16. März 2006<br><u>Protokoll Nr. 7</u> vom 06. April 2006   |            | Seite 313 |
| 3.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Planungsbericht Zentrumsentwicklung Kriens   | Nr. 112/06 | Seite 313 |
| 4.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Abrechnung Baukredit Pflegeheim Zunacher 2   | Nr. 105/06 | Seite 330 |
| 5.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Planungsbericht Familienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschule   | Nr. 119/06 | Seite 331 |
| 6.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Jahresrechnung 2005<br><i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i>   | Nr. 111/06 |           |
| 7.  | <u>Motion Heiz namens der SVP-Fraktion:</u> Für eine massvolle Senkung der Krienser Steuern<br><i>Antrag Gemeinderat: Ablehnung<br/>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i>                            | Nr. 097/06 |           |
| 8.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Abrechnung Wasserleitung Zubringer Horw – Zwischenabrechnung Stufenpumpwerk Datenmatt per 31.12.2005<br><i>abtraktandiert</i>  | Nr. 103/06 |           |
| 9.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung Umbau und Erweiterung der Arsenal- und Nidfeldstrasse zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs und von Radfahrenden<br><i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 108/06 |           |
| 10. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung Erstellung der neuen Kanalisationsleitung Brunnmatt- /Horwerstrasse<br><i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i>   | Nr. 109/06 |           |

### **Neueingänge**

- |            |  |
|------------|--|
| Nr. 120/06 | <u>Interpellation Koch und Mitunterzeichnende:</u> Illegale Migration - Gegenmassnahmen<br><i>Eingang: 07.04.2006 / SD</i>   |
| Nr. 121/06 | <u>Bericht und Antrag:</u> Änderung des Reglementes über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund               |
| Nr. 122/06 | <u>Dringliche Interpellation Baumgartner namens CVP:</u> Seilpark Sonnenberg<br><i>Eingang: 21.04.2006 / BD</i>              |
| Nr. 123/06 | <u>Dringliche Interpellation Heiz namens der SVP:</u> Familienergänzende Kinderbetreuung<br><i>Eingang: 09.05.2006 / USD</i> |

- Nr. 124/06            Interpellation Senn und Mitunterzeichnende: Aus der Region, für die Region  
- auch bei Dienstleistungen  
*Eingang: 15.05.2006 / PD*
- Nr. 125/06            Dringliche Motion Mattmann: Kein Seilpark auf dem Krienser Sonnenberg  
*Eingang: 17.05.2006 / BD*

## **1. Mitteilungen**

Einwohnerratspräsident Robert Thalmann begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohner-ratssitzung.

Martin Heini hat sich aus beruflichen Gründen entschuldigt. Teilweise anwesend sind Leo Bolzern, Viktor Bienz und Daniela Stutz.

Die Einladung für den Einwohnerratsausflug vom 24. Juni 2006 wurde per e-mail zugestellt. Sofern jemand keine Einladung erhalten hat, soll man sich bitte bei Robert Thalmann melden.

Beim Gemeinderat sind zwei Rücktrittsgesuche aus dem Einwohnerrat eingegangen. Peter Schönenberger verlässt den Rat auf 30. Juni 2006. Seine Nachfolgerin wird Bernadette Hauser-Roos. Markus Hadorn demissioniert per Ende September 2006. Seine Nachfolge ist noch nicht bekannt.

Weiter teilt Robert Thalmann mit, dass am 18. März 2006 Hans Oberlin im Alter von 79 Jahren verstorben ist. Hans Oberlin war für die SP von 1969 bis 1979 im Einwohnerrat, wobei er diesen 1974/75 präsidierte. Zudem war er Mitglied in der BK.

Gemäss Neueingangsliste sind drei dringliche Vorstösse eingereicht worden. Der Sprecher bittet die Interpellanten bzw. den Motionär die Dringlichkeit zu begründen.

### ***Begründung dringliche Interpellation Baumgartner namens CVP: Seilpark Sonnenberg (Nr. 122/06)***

Werner Baumgartner bittet den Einwohnerrat, der Dringlichkeit stattzugeben, da es sich um ein laufendes Verfahren handelt und die Dringlichkeit somit offensichtlich sei. Zur Zeit ist der entsprechende Antrag beim Kanton pendent. Der Gemeinderat muss jedoch auch noch dazu Stellung nehmen. Gleichzeitig verlangt der Interpellant auch die Diskussion zu diesem Thema.

Robert Thalmann stellt fest, dass gegen die Dringlichkeit nicht opponiert wird und schlägt vor, diesen Vorstoss als neues Traktandum 6, vor der Jahresrechnung 2005 zu behandeln.

### ***Begründung dringliche Interpellation Heiz namens der SVP: Familienergänzende Kinderbetreuung (Nr. 123/06)***

Gemäss Martin Heiz wird heute der entsprechende Bericht und Antrag behandelt. Im Bericht ist nicht alles enthalten, darum sollen die offenen Fragen zuerst beantwortet werden, bevor der Bericht und Antrag genehmigt wird. Er bittet, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Auch gegen diese Dringlichkeit wird nicht opponiert. Robert Thalmann schlägt vor, die Interpellation sinnvollerweise zusammen mit dem Bericht und Antrag (Traktandum 5) zu behandeln.

***Begründung dringliche Motion Mattmann: Kein Seilpark auf dem Krienser Sonnenberg (Nr. 125/06)***

Für Peter Mattmann ist seine Motion ein „Angehängsel“ zur Interpellation der CVP. Mit dem Vorstoss hat der Einwohnerrat die Möglichkeit, einen Entscheid zu fällen.

Martin Heiz opponiert der Dringlichkeit. Für ihn ist der Vorstoss zu kurz eingereicht worden. Er ist überzeugt, dass längst nicht alle Mitglieder Kenntnis von diesem Vorstoss haben, da er erst seit Mittwoch auf dem Internet und Extranet ist. Für eine seriöse Vorbereitung müssen alle Mitglieder frühzeitig Kenntnis von dieser Vorstoss haben. Er plädiert deshalb, die Motion als nicht dringlich zu erklären.

Robert Thalmann stellt fest, dass vier Mitglieder des Einwohnerrates den Vorstoss nicht bei sich haben.

Peter Mattmann stellt klar, dass dies kein Fehler der Gemeindeverwaltung war. Er hat diesen so kurz eingereicht, weil er hoffte, dass eine andere Partei diesen Vorstoss einreichen würde. Dem Sprecher geht es nicht darum, den Vorstoss heute zu diskutieren. Wenn es zeitlich nicht passt, kann man die Motion auch an der nächsten Sitzung behandeln.

Auch Bruno Peter hatte nicht früher als der Einwohnerrat Kenntnis von diesem Vorstoss. Seiner Meinung nach kann dieser jedoch heute behandelt werden, da der Gemeinderat eine Stellungnahme abgeben kann. Sofern es das heutige Zeitbudget verbessert, kann die Behandlung dieser Motion auch auf die Juni-Sitzung verschoben werden. Der Gemeinderat kann sich anpassen. Er wird über die Baubewilligung noch nicht entscheiden.

Peter Mattmann verzichtet somit auf die Dringlichkeit.

Robert Thalmann stellt klar, dass die dringliche Interpellation jedoch behandelt wird.

Stefan Meyer stellt einen Änderungsantrag zur Traktandenliste. Der Bericht und Antrag: Abrechnung Wasserleitung Zubringer Horw – Zwischenbericht Stufenpumpwerk Dattenmatt per 31.12.2005 (Nr. 103/06 – Traktandum 8) muss abtraktandiert werden. Die FGK konnte dieses Geschäft noch nicht prüfen, da Fritz Rast krankheitshalber abwesend ist.

Robert Thalmann stellt fest, dass dieser Bericht und Antrag somit abtraktandiert wird und erst im Einwohnerrat behandelt wird, wenn die entsprechende Revision durch die FGK vorgenommen werden konnte.

## **2. *Protokoll Nr. 6 vom 16. März 2006* *Protokoll Nr. 7 vom 06. April 2006***

Gemäss Robert Thalmann ist von Bruno Bienz folgender Änderungsantrag zu Protokoll Nr. 6 S. 268, 2. Abs. 1. Satz, eingegangen: *Bruno Bienz war bis Ende 2004 Einsatzleiter Sanität(KSD) beim Kanton Luzern*

Somit sind die Protokolle genehmigt und werden verdankt.

## **3. *Bericht und Antrag: Planungsbericht Zentrumsentwicklung Kriens* *Nr. 112/06***

Robert Thalmann begrüsst Norbert Kremmel vom Baudepartement als Sachverständigen.

Gemäss Stefan Meyer wollte die FGK dieses Geschäft möglichst vielschichtig behandeln, da dieses alle Lebensbereiche berührt. Dies war jedoch nicht möglich, weil der Bericht und Antrag nur teilweise in den Fachkommissionen behandelt wurde. Den Fokus legte man auf die Immobilien-Strategie, den Mechanismus und die finanziellen Wechselwirkungen. Das vorgeschlagene Konzept des Gemeinderates wird als klar und überzeugend befunden. Es gibt dem Projekt nun langsam ein Gesicht. Die verschiedenen Phasen machen Sinn. Die Frankenbeträge und Zeitgefässe sind weiter zu entwickeln und zu erhärten.

Kriens braucht im Zentrum eine Betrachtung, die sich in der heutigen Phase nicht in Details verheddert. Es braucht Elemente mit einer gewissen Grosszügigkeit und Prägung und keine weitere Verschachtelung. Kreative Visionen sind gefordert. Wichtig ist es, dass der architektonische Prozess auch auf der Informationsebene gut begleitet wird. Es sind Entscheidungsprozesse notwendig, um ein Fiasko zu vermeiden und ein Erfolg zu erzeugen. Die Investitionen sollen hauptsächlich aus Erlösen finanziert werden. Die FGK findet dies ein gutes Element. Im Zeitpunkt der Investitionsbeschlüsse muss jedoch bekannt sein, aus welchen.

Der Planungskredit ist nicht überrissen. Die Begleitgremien sind umfangreich. Der Sprecher hofft, dass die Gefahr der geteilten Unverantwortung nicht entsteht.

Die FGK ist für Genehmigung des vorliegenden Berichts und Antrages.

Franz Baumann erwähnt, dass die BK sich mit 5:1 Stimmen für Eintreten ausspricht. Die vorgelegten Absichten scheinen politisch mehrheitsfähig zu sein. Mit den Erinnerungen ans Jahr 1983 – damals ist die Vorgänger-Zentrumsplanung politisch untergegangen – muss aber unbedingt verhindert werden, dass so genannte Killerkriterien die Gesamtsicht beeinträchtigen. Ein solches emotionsgeladenes Killerkriterium könnte der Kilbiplatz oder der Gemeindegarten sein. An die Kommunikation werden aus diesem Grunde höchste Ansprüche gestellt. Die BK erwartet, dass solche Killerkriterien nicht verschwiegen, sondern mit einer offenen Kommunikation entschärft werden. In diesem Sinne erwartet sie bereits heute vom Gemeinderat eine Absichtserklärung zu diesen künftigen Fest-Orten.

Ein paar wichtige Punkte aus der BK-Diskussion:

*Pro-Argumente und neutrale Bemerkungen*

- Das erste im Zentrum in Angriff genommene Areal Pilatus darf keinesfalls zu einem während längerer Zeit leer stehenden Komplex verkommen. Denken Sie an die heutige Schappe: Mit dem Einzug der Gemeindeverwaltung ins Pilatusareal kann einer solchen Befürchtung mindestens teilweise begegnet werden.
- Soll die Gemeindeverwaltung in die Schappe ziehen? Eine Antwort könnte das folgende Szenario einer solchen "Züglete" sein: Man leert das gemeindeeigene „Pilatus“ und füllt dafür (fast als barmherzige Samariter) die von privaten Unternehmern erstellte „Schappe“. Was passiert dann mit dem eigenen „Pilatusgebäude“?
- Die vorgesehenen Wettbewerbsverfahren sollen Garant sein, dass Zweckmässigkeit und Ästhetik in Einklang kommen.
- Die BK warnt vor der Gefahr, zu kleinräumig zu denken und den Planungsbericht an „Peanuts“ aufzuhängen.
- Kultur in der Teiggi: Es wird nicht sofort Realersatz möglich sein für alle heute im Teiggia-areal kulturellen Tätigen. Die BK hat vom Gemeinderat aber die Absicht gehört, dass wenigstens für alle jetzt dort tätigen Krienser Organisationen weiterhin Platz in Kriens vorhanden sei. Für die auswärtigen „Kulturellen“ könne dies jedoch nicht garantiert werden.
- Das ins Scala investierte Geld ist nicht „für die Katz“; alles sei wieder verwendbar. Klar ist auch hier die Absicht: Ersatz fürs Scala muss geschaffen werden!
- Der Standort der Feuerwehr könnte ebenfalls für Emotionen sorgen. Es gäbe Standorte innerhalb von Kriens, die in Frage kommen. Für einen definitiven Entscheid darf man aber auch vorgängig konzeptionell über die Krienser Grenzen hinaus schauen.

*Contra-Argumente*

Für das „Nein“ zum Eintreten sorgte die nicht dem Richtplan entsprechende „Züglete“ der Gemeindeverwaltung, die noch vorhandenen Fragezeichen der Feuerwehr und Befürchtungen im Hinblick auf die Kilbi, Musikschulen ohne ähnliche Details. Grosse Vorbehalte werden von anderer Seite gegen die beiden „Kultur-Etappen 1+2“ geäussert.

In Bezug auf die Projektorganisation erwartet die BK, dass der Einwohnerrat auch weiterhin in der Begleitung der Zentrumsentwicklung direkt mitreden darf. Betreffend Referendumsfähigkeit der Vorlage glaubt die BK, dass eine Trennung von Planungsbericht und Planungskredit sinnvoll ist. Ein Referendum sollte nur gegen den Kredit ergriffen werden können. Deshalb wurde dem Einwohnerrat ein neuer Beschlusstext-Vorschlag verteilt. Wie einleitend erwähnt, spricht sich die BK mit 5:1 Stimmen für Eintreten aus.

Bruno Peter weiss, dass der Einwohnerrat am 31. August 2004 mit eindrücklicher Mehrheit den Richtplan Zentrum Kriens genehmigt hat. Er hat damit den Willen ausgedrückt, das Ortszentrum aufzuwerten, zu gestalten und die dringend nötigen Impulse zu geben, damit ein attraktives, lebenswertes Zentrum entstehen kann. Der heute vorliegende Planungsbericht ist das Produkt und die Weiterentwicklung des vom Einwohnerrat genehmigten Richtplanes.

Die Gemeinde Kriens ist die grösste Liegenschaftseigentümerin im Dorfzentrum. Diese Liegenschaften befinden sich an den besten Zentrumsanlagen und wurden von unseren Vorgängern vor über 30 Jahren – vorausschauend – erworben. Sie haben erkannt, dass diesen Grundstücken im Sinne einer langfristigen Planung besondere Bedeutung zukommt. Diese Liegenschaften – schon damals teilweise als Abbruchobjekte erworben – stehen wie z.B. der Nordtrakt des Pilatus leer oder bedeuten wie z.B. die Teiggi zunehmend ein Sicherheitsrisiko. Es besteht also – und da sind sich viele KrienserInnen sicher einig – dringender Handlungsbedarf.

*Was hat sich gegenüber dem Richtplan geändert?*

Entgegen dem Richtplan Zentrum schlägt der Gemeinderat neu den Bau des Verwaltungszentrums auf dem Pilatus-Areal vor. Begründet wird dieser Entscheid vor allem mit der Marktsituation (gesättigter Büroflächenmarkt-/Eigennutzungsanteil/zentrale Lage/Gemeindehaus-Areal als erstklassige Wohnlage).

#### *"Kernprojekt" auf dem Pilatus-Areal*

Der vorliegende Planungsbericht zeigt nun auf, welche Liegenschaften für die gemeindeeigenen Bedürfnisse beansprucht werden und welche Liegenschaften devestiert bzw. verkauft werden sollen. Als Schlüssel- oder Kernprojekt ist das Pilatus-Areal zu bezeichnen. Auf diesem wertvollen Grundstück soll eine Überbauung entstehen, die ein Gemeindezentrum mit Saal und Verwaltung, private Nutzungen wie Dienstleistungen, Detailhandel und Wohnen möglich macht. Deshalb beantragt der Gemeinderat einen Kredit für die Durchführung eines hochwertigen städtebaulichen Wettbewerbes auf diesem Areal.

#### *Gemeindeverwaltung im Schappe-Center?*

Ziemlich genau mit dem Abschluss des Planungsberichtes wurde bekannt, dass die Winterthur aus Kriens wegzieht und dadurch Büroflächen im Schappe-Center frei werden. Der Gemeinderat hat in der Folge verschiedene Gespräche mit den Investoren und Eigentümern geführt und eingehend geprüft, ob ein Verwaltungszentrum im Schappe-Center realisierbar ist. Der Gemeinderat hat anlässlich der gestrigen Sitzung die Abklärungen und das Angebot diskutiert und kommt zum Schluss, dass eine Verlegung der Gemeindeverwaltung in das Schappe-Center keinen Sinn macht und nicht weiter zu verfolgen ist (finanziell keine Vorteile, kein Saal, weg vom Zentrum, was passiert mit Pilatus-Areal?, "Planungsbrache" im Herzen von Kriens). Zu prüfen wäre allenfalls eine temporäre Verlegung der Verwaltung und weiteren Nutzungen in das Schappe-Center während der Bauphase (keine Provisorien, kürzere Bauzeit).

#### *Chance nutzen*

Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass das vorliegende Zentrumskonzept eine grosse Chance für Kriens ist. Chance für die Realisierung eines Gemeindezentrums mit Saal, Dienstleistungs- und Wohnnutzungen. Chance für die schrittweise Realisierung eines Jugend- und Kulturzentrums auf dem heutigen Werkhof-Areal. Chance für die Realisierung städtebaulich interessanter, qualitativ hochwertigen Wohnüberbauungen im Bereich Degenstrasse/Gemeindehaus-Areal bis zur Waldheimstrasse.

Der Gemeinderat ist auch überzeugt, dass das vorliegende Planungskonzept realisierbar ist. Realisierbar weil zwar ein Gesamtkonzept vorliegt, aber in Etappen, mit einzelnen Teilprojekten – zeitlich gestaffelt – umgesetzt werden kann.

#### *Qualität*

Der Gemeinderat erachtet es als wichtig, dass den städtebaulichen Aspekten hohes Gewicht beigemessen wird. Deshalb ist vorgesehen, mit Wettbewerbsverfahren bestmögliche Lösungen für die Aufwertung des Zentrums zu erreichen.

#### *Es sind noch nicht alle Probleme gelöst...*

Ein Planungsbericht soll richtungsweisend sein. Auch für den Gemeinderat sind noch nicht alle Fragen beantwortet – dies ist zum heutigen Zeitpunkt auch gar nicht möglich! Fragen wie Kilbiplatz, Festlokal im Gemeindegarten oder definitiver Standort der Feuerwehr müssen diskutiert und gelöst werden. Lösungen werden aber möglich sein.

### *Finanzierbar*

Der Gemeinderat geht für die Realisierung der gemeindeeigenen Zentrumsbauten von Bruttoinvestitionen in der Grössenordnung von ca. 16 Mio. Franken aus. Nach Abzug der vorgesehenen Verkäufe der Liegenschaften Teiggi und Gemeindehaus-Areal ergeben sich Nettoinvestitionen von ca. Fr.10 Mio. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass diese Investitionen – in Etappen über 8 - 10 Jahre verteilt – verkraftbar und tragbar sind.

### *Antrag*

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass ein attraktives Zentrum entscheidend zur Lebensqualität und zur Entwicklung unserer Gemeinde beiträgt. Die letzte Kernzonenplanung wurde vor 23 Jahren "bachab" geschickt. In der Zwischenzeit hat sich nichts verändert – ausser dass die gemeindeeigenen Zentrumsliegenschaften unterhaltsträchtiger und teilweise baufälliger wurden. Impulse sind heute dringend nötig, machen wir einen Schritt, damit wir gemeinsam eine positive Zentrumsentwicklung einleiten können.

Beim vorliegenden Antrag der BK wurde Ziffer 3: „Zulasten des Investitionsbudget 2006 (Konto 941.00.503.08) wird ein Nachtragskredit von Fr. 200'000.00 bewilligt“, gestrichen. In der Investitionsrechnung 2006 sind für die Zentrumsplanung bereits Fr. 300'000.00 vorgesehen. Diese genügen und aus diesem Grund benötigt es kein Nachtragskredit und Ziffer 3 kann ersatzlos gestrichen werden.

Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, den Planungsbericht zu genehmigen und den beantragten Kredit für die Durchführung eines Wettbewerbes auf dem Pilatus-Areal zu bewilligen.

Gemäss Joe Brunner findet ein anno 1968 angefangenes Unterfangen, nämlich Kriens ein Zentrum und damit auch ein Gesicht zu geben, eventuell nach bald 40 Jahren ein Happyend. So will es der vorliegende Bericht und Antrag Zentrumsplanung und zeigt uns einen vertretbaren Weg dazu. Die SP hat diesen Planungsvorschlag genau unter die Lupe genommen und dazu alleine 2 ½ Stunden gebraucht. Im Rat ist man bei so einem wichtigen Geschäft mit knappen 1 ½ Stunden zufrieden. Für uns ein zu gewagtes Vorhaben, da die Wichtigkeit von enormer Tragweite für Kriens ist. Die SP erwartet eine separate Veranstaltung, um alle auf den nötigen Wissenstand zu bringen. Grundsatzdiskussionen scheut die SP nicht – sie hat sich ihre Gedanken zu diesem Bericht zusammengetragen. Das Wichtigste vorneweg: Die SP ist sich einig, dass es für eine eigenständige Gemeinde von der Grösse von Kriens mit 25'000 Einwohnern eine zentrale Verwaltung braucht. Wo das zu stehen kommt, ist eigentlich unwichtig. Ob Neubau oder eine bestehende Immobilien zu nutzen ist, ist in diesem B&A klar zu zugunsten von einem Neubauprojekt verfasst. Die Frage, ob das Schappe-Center sich eignet, ist zu wenig genau abgeklärt. Der stark immobilienlastige Bericht des Gemeinderates will positive Zeichen setzen und ein gestärktes neues Kriens projektieren.

Aufbruchstimmung und Verabschiedung von Altem und Hergebrachtem, auch von gewachsenen Strukturen nimmt man in Kauf. Zentrales Thema und auch ein Schlüssel zu diesem Bericht ist das Verbleiben der Feuerwehr. Die SP verlangt bei allen Neubauprojekten eine Prüfung, ob die Feuerwehr nicht auch integriert werden kann und sich so ein neuer Standort der Feuerwehr abzeichnen kann. Wo findet die Kultur mit ihrer Kulturstätteplanung Eingang in diesen Planungsbericht? Ist die Jugend mit ihren Bedürfnissen nicht zu wenig integriert an diesem Vorhaben? Auch die stark dezentralen Musikschulen müssen laut SP einen festen Ort erhalten. Will man einen gewaltigen Neubau, welcher wieder mal das „Weggli und das Fünferli“ verspricht, also Verwaltung – Wohnungen – Büros usw.? Der SP ist die Gefahr einer gewaltigen Häuserfront vom Bellpark bis Schappe-Center als Gespenst im Hinterkopf. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens bzw. Architekturwettbewerbes möchte die SP diesem wichtigen Teil ein ge-

wichtiges Augenmerk zuwerfen. Für viele Bürger sind Freiräume im Zentrum auch ein Weg, welcher hier völlig ausgeschlagen wird. Kriens will mit diesem B&A eine Art Retortenstadt werden und nimmt das neue Gesicht vom Zentrum bewusst in Kauf. Auch hat nie eine Abklärung beim Volk stattgefunden, was mit dem Pilatusareal mit den historischen Bauten geschehen soll. Wichtig ist auch der zusätzliche Verkehr. Wie geht man mit diesem im Herzen von Kriens um? Lösungsansätze gehören einfach in diesen B&A. Ob die Gemeinde Kriens das Teiggiareal so einfach preisgibt und sich den nötigen finanziellen „Zustupf“ abholt, wirft Fragen auf. Im B&A spricht man sogar vom Verkauf nicht genutzter Liegenschaften. Ob dies die Krienser Bevölkerung so einfach hinnimmt oder halt zum weiteren Mal einfach Nein sagt zu Grundstücksverkäufen, bleibt abzuwarten.

Der Gemeinderat will nun vorwärts machen und hat einen gedrängten Fahrplan zusammengestellt. Die SP unterstützt dieses Vorhaben und ist sich bewusst, dass ein politisches Scheitern von keinem Nutzen für das Herzen von Kriens, sprich Zentrum ist. Eine Mehrheit von 3:2 „SP-Räten“ will den Gemeinderat mit diesem Planungsbericht unterstützen und nimmt Kenntnis vom Fahrplan der Zentrumsplanung und damit auch von den nötigen Finanzmitteln. *Die SP beantragt, den alten Beschlusstext so zu belassen, wie er im B&A steht, denn dieser beinhaltet auch das nicht zu beschneidende demokratische Referendum.*

Gemäss Martin Heiz ist die SVP für Eintreten auf diesen Bericht und Antrag. Er findet es jedoch schade, dass seit dem Richtplan die Parteien nicht mehr involviert wurden.

Der Sprecher sagt sehr deutlich und es muss allen klar sein, dass mit einem Ja zu einer neuen Gemeindeverwaltung auf dem Areal des heutigen Pilatussaales auch ein Ja zur Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens ausgedrückt wird und zwar für die nächsten 20 Jahre. Es würde sonst absolut keinen Sinn machen, eine neue Gemeindeverwaltung zu bauen, die nach dem Terminplan bis 2011 fertig gestellt ist und innert kurzer Zeit würde diese Liegenschaft wieder ohne Nutzung da stehen. Dies würde vom Volk kaum verstanden. Die SVP erwartet beim Baukredit dazu vom Gemeinderat klare Aussagen.

Auch was mit dem Gemeindeschuppen und dem Kilbiplatz geschehen soll, muss noch klar überdenkt werden. Eventuell kann dies in die neue Überbauung einbezogen werden. Auch hier wird zur gegebenen Zeit eine klare Antwort erwartet. Die SVP wird dazu bei der Detailberatung eine Bemerkung anbringen.

Sehr wichtig für die SVP ist, dass der Beschlusstext auf ihre Anregungen abgeändert wird. Er muss in zwei Teile gegliedert sein. Ein Teil ist der Planungsbericht und der zweite Teil ist das Kreditbegehren. Mit dieser Fassung ist es möglich, später noch reagieren zu können und jetzt hat der Einwohnerrat mit dem Kredit nur den „Startschuss“ gegeben. Deshalb ist es der SVP wichtig, mit einem zusätzlichen Antrag zum Beschlusstext zu verdeutlichen, dass alles, was im Zusammenhang mit diesem Planungsbericht ausgelöst wird, im Einwohnerrat behandelt wird.

Die SVP wird dem vorliegenden Bericht und Antrag zustimmen.

Peter Schönenberger namens CVP/JCVP-Fraktion freut sich über den vorliegenden Planungsbericht. Die Fraktion freut es, dass nach der langen Planung und Vorbereitung ein gutes Konzept für die Umsetzung vorliegt. Sie unterstützt die dem Bericht vorangestellten Erkenntnisse in der vorgeschlagenen Reihenfolge. Die Präzisierung der Nutzungen auf dem Pilatusareal ist richtig. Die Ausdünnung zwischen den Polen „Hofmatt“ und „Schappezentrum“ ist wie erwartet eingetreten. Der Markt an Büroflächen ist gesättigt und neue Flächen für den Detailhandel zu besetzen wird auch mittelfristig schwierig sein. Es ist deshalb nach Ansicht der CVP/JCVP-Fraktion eine logische Folgerung, die zentralisierte Gemeindeverwaltung und einen Saal neben privaten

Nutzungen wie Dienstleistungsbetrieben und Stadt-Wohnungen an dieser prominenten Lage anzusiedeln.

Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt den Gemeinderat auch in seiner kritischen Haltung, nicht auf die erstbeste Gelegenheit mit Umsiedlung in die freiwerdenden Schappe-Büroflächen hereinzufallen. Einen solcher Ausweichstandort müsste sich unweigerlich bitter rächen, weil er das Zentrum noch mehr entleert und die lebendige Nutzung und den Magnet Gemeindeverwaltung daraus entfernt. Eine zusammenhängende, zentrumsnahe private Überbauung mit Schwergewicht Wohnen über die Liegenschaften zwischen der Waldheimstrasse und der De-genstrasse ist eine vielversprechende Perspektive. Dort drin wird auch das stattliche Gemein-dehaus noch seinen angestammten Platz mit einer neuen, öffentlichen Nutzung behalten. Das Gebiet bietet ideale Voraussetzungen für zentrumsnahe, mit ÖV erschlossene und behinderten-gerechte Stadtwohnungen.

Auch wenn einige Details noch nicht aufgezeigt sind, steht die Fraktion überzeugt hinter diesen Wegweisern.

Die Feste und Ausstellungen aus dem Gemeindegarten kann sich die CVP/JCVP-Fraktion ganz toll in einem überdeckten Innenhof der Schappe Süd vorstellen. Eine traditionelle Kilbi findet auch auf dem Dorfplatz, im neuen Pilatushof oder in der Gallusstrasse eine neue Hei-mat. Es kann doch nicht sein, dass unsere Zentrumsplanung an der höchstens zweitägigen Belegung einer „Putschautobahn“ scheitert. In diesem Sinne bittet der Sprecher die Zweifler, jetzt nicht wegen Details, die man sich noch nicht vorstellen kann, das gute Konzept „tot zure-den“. Ein erstes Teilprojekt mit der Öffnung des Bellparks ist geglückt. Bei der Zusammenstel-lung der beantragten Planungskosten, aber auch bei den Investitionskosten kommt dem Spre-cher persönlich die erste Etappe des Areals Schappe Süd zu kurz. Es darf nicht passieren, dass dieser wichtige Bereich ohne eingehende und weitsichtige Planung nur nebenbei und auf ein-fachste Art bearbeitet wird. Es hängt sehr viel von dieser wichtigen Rochade ab, und es darf nicht sein, dass man zu viel Geld in die baufälligen bestehenden Teile an der Kosthausstrasse steckt, um dann später diese Provisorien doch wieder zu ersetzen. Auch wenn die Feuerwehr noch eine Weile am angestammten Platz bleibt, braucht es eine weitblickende Planung. Viel-leicht ist es schade, dass es mit dem neuen Standort der Feuerwehr nicht geklappt hat. Viel-leicht muss man auch neu über eine Regionalisierung unserer Feuerwehr mit Aussenstützpunk-ten nachdenken.

Es ist richtig, dass parallel die Planungsarbeit für das Pilatusareal anläuft. Nach Ansicht von Peter Schönenberger ist aber der Zeitdruck für die Zentralisierung der Gemeindeverwaltung weniger hoch, als zielgerichtete Vorbereitungen für das Areal Schappe Süd und zum Freischau-feln der Liegenschaft Teiggi. Die Entwicklung des Krienser Zentrums hat zu lange geschlafen. Die Gemeinde hat zwar tolle Liegenschaften, ist aber überholt worden. Wichtig ist der Fraktion, dass der Zug ins Rollen kommt und man sich nicht in Details verbeisst.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt den Planungsbericht Zentrumsentwicklung positiv zur Kenntnis und unterstützt den angepassten Beschlusstext einstimmig.

Gemäss Rolf Bättig wurde in der FDP-Fraktion einstimmig befürwortet, dass der Bericht und Antrag „nur“ zur Kenntnis genommen wird. Dies eröffnet die Möglichkeit auf Veränderungen im Wohnungsmarkt, im „Kulturmarkt“ und in Feuerwehrfragen zeitgerecht zu reagieren, ohne dass man sich heute schon in planerische Zwangsjacken begeben muss. Flexibilität ist ein dringendes Erfordernis unserer doch sehr schnelllebigen Zeit. Die Flexibilität soll behalten wer-den, damit man bereit ist, auf mögliche Veränderungen rasch zu reagieren.

Kriens hat die Chance eine Vision zu verwirklichen. Man soll diese Chance nutzen, sich aus dem Kleinkarierten zu verabschieden. Kriens soll als stolze Agglo-Gemeinde mit einem würdi-gen Zentrum auftreten. Der Einwohnerrat soll den kreativen Köpfen die Chance geben, etwas Ansprechendes zu planen und nicht mit allzu engen Randbedingungen einschränken. Dann

sind die Fr. 400'000.00 sehr gut investiert. Die Freiheit des kreativen Geistes soll im Wettbewerb brillieren können. Das Parlament hat die Möglichkeit, das Krienser Zentrum neu zu gestalten. Dies soll mit einem überzeugten ja zum Bericht und Antrag genutzt werden. Natürlich gibt es offene Fragen, wie: Wo fahren die „Putschautos“ an der Kilbi? Welches ist der optimale Standort für die Feuerwehr? Wo ist der beste Standort für einen Gemeindeplatz? Die einmalige Chance zur Zentrumsgestaltung von Kriens soll gepackt werden, auch wenn nicht alle Detailfragen geklärt sind. Zuerst sollen die nachhaltigen Fragen geklärt werden, deren Konsequenzen auch in 100 Jahren noch sichtbar sind. Wie toll ist doch eine ansprechende Wohnüberbauung im Zentrum, die zusammen mit einem privaten Grundstückbesitzer realisiert werden kann.

Der Einwohnerrat und somit die Bevölkerung braucht aber keine Angst zu haben, dass er nicht mehr miteinbezogen wird. Der Einwohnerrat fällt seine Entscheide in Sachen Zentrumsplanung auch weiterhin stufenweise. Freuen wir uns an unserer Vision, zumal sie zahlbar scheint. Die FDP-Fraktion sagt beherzt ja zur Zukunft und zum vorliegenden Bericht und Antrag.

Bruno Bienz namens des Grünen Bündnisses ist für Nicht-Eintreten. Der Bericht und Antrag soll zur Überarbeitung zurückgewiesen werden.

Kriens als eine attraktive und dynamische Wohn- und Arbeitsstadt am Fusse des Pilatus, überschaubares Bevölkerungswachstum mit zunehmender Wohnattraktivität und Lebensqualität sollte das oberste Ziel sein.

Als erstes dankt der Sprecher dem Gemeinderat für seinen Bericht. Leider gibt es für das GB noch zu viele ungeklärte Punkte, die zu dieser Zielerreichung nötig sind. Der Gemeinderat will zwei grosse Grundstücke verkaufen, hat aber keine Ahnung, wohin mit den vielen Nutzern dieser Liegenschaften. Damit eine demokratisch breit abgestützte städtebaulich verträgliche Zentrumsplanung Erfolg haben kann, müssen diese Fragen geklärt sein. Die nicht geklärten Punkte führen zu Ängsten und Ablehnung von solchen Planungen in der Bevölkerung. Für das GB zentrale Fragen sind: Braucht es eine zentrale Gemeindeverwaltung an bester Lage? Belebt diese auch wirklich das Zentrum? Wohin kommt die Musikschule, die Feuerwehr und Kultur? Wenn der Werkhof ins Obernau ausgelagert werden soll, müssen Satellitenstandorte im Zentrum definiert werden. Die Musikschule ist überall in Kriens verteilt. Dieses Problem sollte schon lange angepackt werden. Wieso gibt es im Bericht keinen Lösungsansatz? Laut Richtplan Zentrum sollte die Feuerwehr ausgelagert werden und der Kultur Platz machen. Im Bericht wird dieser Entscheid nun vertagt. Für das GB ist klar, dass zuwenig Kulturraum vorhanden ist, wenn die Feuerwehr am alten Standort bleibt. Auch der Kilbiplatz findet in diesem Bericht keinen Standort. Daher kann man nicht Grundstücke veräussern und sich erst nachher diesen Problemen widmen.

Zudem empfindet das GB die Liegenschaftspolitik zu einseitig. Büro- und Geschäftsräume sollen erstellt werden, wovon es eigentlich schon länger zuviel hat. Kriens hat schon vieles verloren, was seine Identität ausmacht. Der Planungsbericht des Gemeinderates aber geht weiterhin sehr unsorgfältig mit dem Gesicht der Gemeinde um. Sollen nun auch unser Kino Scala, die Bahnhöfe mit Areal und die Teiggi unwiderruflich verloren gehen?

Um diese Fragen zu klären, hat die GB/SP-Fraktion eine Motion eingereicht, die einen Planungsverantwortlichen nach dem Modell Stadtarchitekt Luzern fordert.

Die GB-Fraktion kann daher nicht auf diesen Bericht und Antrag eintreten. Sie weist diesen Planungsbericht zurück und fordert den Gemeinderat zur sorgfältigen Überarbeitung dieses Berichtes auf - Kriens muss uns das Wert sein.

Peter Mattmann empfiehlt, diesen Planungsbericht mit dem Planungskredit von Fr. 400'000.00 an den Gemeinderat zurückzuweisen. Es ist der Grundsatzentscheid, der die

Weichen stellt. Dieser sollte das Optimum darstellen und bei der Volksabstimmung ohne Probleme reüssieren. Sonst passiert in Kriens dasselbe, wie mit der UNI in Luzern, wo viel Geld in den Sand gesteckt wurde. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante der Zentrumsplanung ist keineswegs das Optimum, und sie dürfte auch schwerlich bei der Volksabstimmung bestehen. Die Vorlage kommt zur falschen Zeit und am falschen Ort. Im Zentrum der Vorlage steht das Projekt eines neuen Gemeindehauses auf dem Pilatusareal. Um dies zu finanzieren sollen die Liegenschaften Gemeindehaus und Teiggi verkauft werden. Es ist der falsche Zeitpunkt, weil die Weiterexistenz der Gemeinde Kriens nicht gesichert ist. Vielleicht fusioniert Kriens ja schon bald. Nächstes Jahr tritt die neue Kantonsfassung in Kraft. Der Gemeinderat hat in seiner Stellungnahme nicht gesagt, dass Kriens eigenständig bleiben soll. Der Sprecher nennt weitere ähnliche Beispiele.

Peter Schönenberger stellt einen Ordnungsantrag. Peter Mattmann soll zur Sache kommen.

Peter Mattmann ist der Auffassung, dies gehört zur Sache. Kriens soll nicht den gleichen Fehler wie die Gemeinde Littau machen, welche evtl. schon bald mit Luzern fusioniert. Die Gemeinde Kriens muss zuerst entscheiden, ob sie eigenständig bleiben will und erst dann kann geplant werden. Weiter gibt es keinen dringlichen Bedarf nach Wohn- und Bürobauten. Dieser Markt ist gesättigt.

Es ist der falsche Ort, weil die Verlegung des Gemeindezentrums das alte Gemeindehaus sowie die optimal und einigermaßen preiswert nutzbaren Säle im Pilatusgebäude und Scala zerstört. Es ist wichtig, dass lokale Kulturaktivitäten möglich sind und dies zu normalen Preisen. Sonst passiert in Kriens dasselbe wie in Luzern: Die Vereine haben keine günstige Räumlichkeiten mehr, da das KKL zu teuer ist.

Der Sprecher bemängelt, dass die Nutzer der Krienser Säle nicht zum Bericht und Antrag Stellung nehmen durften. Die Lebendigkeit einer Gemeinde besteht nicht aus schönen Bauten, sondern am „Selbstbehaltungswillen“ einer eigenen Gemeinde, an der örtlich einheimischen Kultur.

Das Hauptanliegen von Peter Mattmann an den Gemeinderat ist, dass konsequentere Politik gemacht wird.

Wieso kann man das bestehende Gemeindehaus nicht mit einem Neubau kombinieren, somit müssten keine alten Säle „vernichtet“ werden? Auch ist der Sprecher gegen die Auflösung von gemeindeeigenen Liegenschaften. Er erinnert an die Abstimmung über das Grundstück „Meiersmatt“. Es ist falsch, Liegenschaften zu veräussern und dann den Erlös nicht optimal zu nutzen.

Weiter sollte der Bericht und Antrag dem obligatorischen Referendum unterliegen, damit das Volk jetzt und nicht erst in zwei Jahren entscheiden kann.

Aus diesen Gründen stellt er folgenden ***Rückweisungsantrag***.

*Der Bericht und Antrag Nr. 112/06 soll an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen werden:*

1. *Der Gemeinderat klärt zunächst die Bedürfnisse und Anliegen der von der Zentrumsplanung direkt betroffenen BürgerInnen ab. Dazu gehören insbesondere die heutigen Nutzer der für andere Zwecke vorgesehenen Liegenschaften und die Vereine und Kulturorganisationen, die heute den Pilatussaal, das Scala und die Teiggi nutzen.*
2. *Pilatussaal und Scala bleiben, allenfalls renoviert und umgebaut, bestehen.*
3. *Das alte bestehende Gemeindehaus wird in einen Neu- und Erweiterungsbau integriert, der auf dem Gemeindehausplatz erstellt wird.*
4. *Es wird kein Terrain aus dem Liegenschaftsbesitz der Gemeinde verkauft.*

Für Räto Camenisch hat die Gemeinde Kriens eine gute Wohnqualität. Ein Problem ist das grosse, aber schwache Zentrum. Dies will der Gemeinderat nun mit der Zentrumsplanung lösen. Es ist schade, dass vor 23 Jahren die Zentrumsplanung verworfen wurde. Die Chance soll nun wahrgenommen und ein neues, souveränes, schönes Gemeindezentrum realisiert werden. Es darf aber nicht zu einem Stadthaus 1 oder 2 werden, wie es der Gemeinde Littau droht. Auf den Planungskredit soll eingetreten werden, darf aber nur zur Kenntnis genommen werden, damit die Flexibilität bleibt. Für ihn ist es nicht die falsche Zeit, sondern höchste Zeit.

Bruno Peter ist enttäuscht, dass Peter Mattmann die Zentrumsplanung bereits heute - im Hinblick auf eine allfällige Fusion - aufgeben will. Die Chance soll wahrgenommen werden. Der Gemeinderat weiss auch noch nicht, wie geplant wird, was wo zu stehen kommt. Der Gemeinderat geht nicht unvorsichtig mit der Substanz um. Er hält sich an den bestehenden Richtplan, mit Ausnahme der Gemeindeverwaltung. Gemäss Richtplan soll das alte Gemeindehaus erhalten bleiben. Was geschieht dann aber mit dem Pilatusareal? Räume wie das Scala müssen auch in neuen Bauten Platz haben. Dies soll bei den Rahmenbedingungen zum Wettbewerb eingeschlossen werden. Der Kredit für die Planung soll gesprochen werden. Dann kommen Fragen, welche gelöst werden müssen und die Bevölkerung dazu befragt werden muss. Die Ortsplanung ist vollzogen. Nun kommt der nächste Schritt und dieser darf nicht gestoppt werden. Zuerst müssen konkrete Vorschläge vorliegen, bevor das Volk entscheiden kann. Der Sprecher bittet, dem Kredit zuzustimmen und Kriens nicht mit Luzern zu vergleichen.

Markus Hadorn stellt klar, dass bei Rückweisung nie ein Planungsauftrag vorgestellt wird, der allen gefällt. Selbst in der SP/GB-Fraktion herrschen verschiedene Meinungen vor. Er fragt sich, was Kriens in 10 Jahren hat, wenn alles zurückgewiesen wird. Er ist der Auffassung, die Bevölkerung wurde genug involviert. Es hat verschiedene Projekte gegeben, wo man seine Meinung sagen konnte. Das Bekenntnis vom Einwohnerrat muss heute gebracht werden, auch wenn jetzt noch kein Konsens gefunden werden kann. Markus Hadorn will aufbrechen – es soll etwas ausgelöst werden. Seiner Meinung nach kann der Planungsbericht genehmigt werden, da dies ein effektives Bekenntnis wäre. Auch bei einer Genehmigung sind noch gewisse Freiheiten vorhanden. Zur Kenntnisnahme ist für ihn „Wischiwaschi“.

Als Daniela Kiener die Einladung zur Einwohnerratssitzung studierte, traute sie ihren Augen nicht. Für die Zukunft von Kriens (die Zentrumsentwicklung) sind 90 Minuten reserviert. Für die Vergangenheit (die Jahresrechnung 2005) wurden 60 Minuten eingeplant. Das kann doch nicht sein.

Bruno Peter hat die Vorgeschichte etwas „skizziert“. Somit äussert sich die Sprecherin nur noch zum letzten Schritt. Das Baudepartement hat verschiedene Möglichkeiten zur Zentrumsentwicklung geprüft. Die Resultate sind im Planungsbericht enthalten. Weiter sind auch Erkenntnisse aus einem Nachdiplomstudium an der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung Zürich in diesen Bericht eingeflossen. Ist das nicht etwas einseitig? Werden nicht die Immobilien zu stark „bewertet“? Und sind dabei die Investoren nicht zu wichtig? Das Ganze soll eine logische Einheit sein. Die verschiedenen Teilobjekte stehen in einer gegenseitigen Abhängigkeit. Ist das in diesem Planungsbericht so? Das Gesamtkonzept fehlt doch. Der Gemeinderat weist auf Seite 5 selber darauf hin. Dominoeffekt – ein gutes Spiel, das Prinzip plausibel. Aber wie beginnt man das Ganze? Der Gemeinderat schlägt als ersten Spielstein das Areal des ehemaligen Hotel Pilatus vor. Hier ist eine Überbauung im grossen Stil geplant – mit der zentralen Gemeindeverwaltung und auch mit privater Nutzung. Hat der Einwohnerrat

die Diskussion für oder gegen eine zentrale Gemeindeverwaltung bereits geführt? Ist das der richtige Platz dafür? Ist die private Nutzung machbar (Schappe-Center)?

Der nächste Spielstein ist Schappe-Ost. Dieses Objekt ist doch eine Einheit. Durch das Zügeln des Werkhofes wird ein Teil frei. Doch die Feuerwehr bleibt momentan noch dort. Sollte bei einem nächsten Schritt nicht der ganze Gebäudekomplex einbezogen werden? Ein Wettbewerb über das ganze Areal gemacht werden? Die Veränderungen für Kriens sind zu gross. Die Identität geht dabei verloren. Das Gesamtkonzept fehlt. Die Verkehrsprobleme sind nicht gelöst. Kriens braucht ein eigenes Gesicht.

Ein Weg dazu wäre: Altes erkennen, behalten, nutzen - neues Umdenken bei der Gestaltung von Ortskernen: die „Qualität der Leere“, die Unendlichkeit, die Grosszügigkeit, die räumliche Situation einbeziehen, durchgängige Räume schaffen, die historisch gewachsene Struktur anerkennen.

Daniela Kiener glaubt weder an das Projekt „Streetlife“ noch an den Erfolg des hier ins Spiel gebrachten Dominos. Hier hilft nur noch – „Dominus vobiscum“ – Der Herr sei mit euch.

Für Rolf Hager hat der Gemeindegeschuppen Geschichte. Er will diesen nicht kampflos aufgeben. Er fühlt sich wohl darin und es werden viele Feste, wie Krienser Kilbi, Gallustag und diverse Vereinsnähe im Gemeindegeschuppen abgehalten. Wenn nun diese traditionellen Anlässe an einem anderen Ort gemacht werden, ist dies nicht mehr dasselbe. Er wehrt sich dagegen. Es darf nicht der gleiche Fehler wie 1964 mit der „Linde“ passieren.

Peter Mattmann geht es darum, ob der Richtplan „gelebt“ oder die neue Lösung vom Gemeinderat akzeptiert werden soll. Dies ist ein Grundsatzentscheid. Der Verkauf von gemeindeeigenen Liegenschaften muss geprüft werden. Dies soll im Beschlusstext ergänzt werden. Es darf nicht alles zerstört werden. So wie er es in seinen Anträgen geschrieben hat, kann er zum Bericht und Antrag ja sagen. Es gibt die Möglichkeit, das Volk zu befragen. Die Hauptfrage, wo das Gemeindehaus in Zukunft steht, muss geklärt werden, sonst wird das ganze Projekt scheitern.

Für Rolf Bättig hat die SP ein Problem: Einerseits wollen sie der EU beitreten, aber sie wissen nicht, ob Kriens mit Luzern fusionieren soll.

Weiter findet er es schlecht, wenn Peter Mattmann sagt, die Uni-Vorlage wäre nichts gewesen und somit seien im Grossrat keine „normalen“ Bürger. Das Ganze sei deformiert worden. Rolf Bättig ist froh, wenn die Arbeit im Einwohnerrat geschätzt wird. Es besteht immer die Gefahr, dass man etwas noch besser machen will oder man meint, es gäbe noch etwas besseres. Es soll zuerst ein konkretes Projekt auf „den Tisch kommen“. Es ist mehr als eine Vision, sondern eine Chance, welche nun gepackt werden muss.

Für Heinz Schwarz als Konservator ist das ganze Geschäft eine emotionale Angelegenheit. Es liegt ein wunderbarer Planungsbericht vor, welcher jedoch nach Immobilienhandel „schmeckt“. Hier geht es aber auch um schützenswerte Objekte, welche Neubauten weichen müssen. Er nennt einige Beispiele von Sälen mit Jahreszahlen. Das Scala wirkt als Gesamtraum und nicht nur die Sitze oder die alten Mikrofone. Man muss mehr Sensibilität zum Bestehenden machen. Das Krienser Zentrum soll unter Einbezug der alten Gebäulichkeiten realisiert werden. Es muss ein System vorhanden sein. Man darf die gemeindeeigenen Liegenschaften nicht vergammeln und danach abreißen lassen. Kriens soll Kriens bleiben.

Martin Heiz interessiert es nicht, was die Stadt Luzern und der Kanton machen. Er ist der Meinung, dass die Bevölkerung genug miteinbezogen wurde. Es haben viele Workshops stattgefunden, Wettbewerbe wurden durchgeführt und das Volk konnte Stellung nehmen. Er hatte immer den Eindruck, die SVP sei die „Bremsenpartei“. Dies ist jedoch die Chance21.

Er hat zum Richtplan nein gesagt, weil dieser für ihn zuwenig aussagt. Heute soll ein Zeichen gesetzt werden. Kriens muss vorwärts kommen. Der Gemeinderat muss den Einwohnerrat jedoch sämtliche Baukredite und Verkäufe im Zusammenhang mit dem Planungsbericht zur Genehmigung vorlegen. Darum wird Martin Heiz beim Beschlusstext den entsprechenden Antrag, welcher im Rat verteilt wurde, stellen.

Auch für Daniela Kiener muss das Volk miteinbezogen werden und zwar jetzt. Es bringt nichts, wenn schon viele Projekte „angeteigt“ werden. Die Bevölkerung hat das Recht, ihre Meinung zur neuen Gemeindeverwaltung abzugeben.

Gemäss Bruno Peter wurde eine eingehende Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Im Richtplan steht nicht, dass alle bestehenden Gebäulichkeiten erhalten bleiben werden können. Die Teiggi ist in Kürze ein Sicherheitsrisiko und müsste umfangreich saniert werden. Dazu müsste der Einwohnerrat Millionen sprechen. Der Gemeinderat will nicht alles abreißen lassen. Es soll mindestens ein Element erhalten und eines geprüft werden. Ein Teil der Substanz muss erhalten werden. Die Frage zur Gemeindeverwaltung muss gelöst werden. Wenn jedoch beim bestehenden Gemeindehaus angebaut wird, was passiert dann mit dem Pilatusareal? Die Nutzung soll der Öffentlichkeit dienen. Wenn eine Umnutzung vorhanden ist, werden auch die entsprechenden Investoren gefunden. Der Einwohnerrat soll den Mut haben, den Kredit zu bewilligen und die Chance geben, zu beweisen, dass aus dem Krienser Zentrum etwas werden kann.

Stefan Meyer vergleicht das Geschäft mit einer Reise: Das Ziel muss anvisiert werden, damit man sich auf den Weg machen kann, und es muss immer wieder auf die Karte geschaut werden, wenn Verzweigungen kommen.

Es ist die Pflicht, die Legitimation von der Bevölkerung abzuholen. Aber zuerst muss dem Volk etwas vorgelegt werden können, damit die Varianten abzuwiegen sind. Dieser Schritt ist nun fällig.

Peter Mattmann ist nicht gleicher Meinung wie Stefan Meyer. Der Planungsbericht und Planungskredit haben einen grossen Zusammenhang. Wenn in der Variante die Beibehaltung der Säle enthalten ist, zieht er seine Oppositionen zurück. Aber dem vorliegenden Bericht und Antrag kann er nicht zustimmen. Das Geld darf nicht einfach ausgegeben werden. Die Chance21 sind nicht die „Bremsen“. Sie will ja auch, dass etwas geht. Man kann den Planern den Auftrag geben, dass die Säle bei der Planung eingeschlossen werden. Kriens muss nicht so gebaut werden wie in Zürich der Paradeplatz. Es soll eine Dorf- und Städtevariante geben. Das vorliegende Projekt ist zu einseitig.

Heinz Schwarz hat kein Brett vor dem Kopf. Für ihn besteht die Möglichkeit, dass beim alten Güterbahnhof ein Neubau realisiert wird, in welchem das Scala und der Pilatusaal integriert werden können. Er wehrt sich gegen grosse Projekte, d.h. komplexe Gebäulichkeiten.

Für Bruno Peter müssen die Rahmenbedingungen beim Wettbewerbsverfahren genau definiert werden. Dies soll Aufgabe der Begleitkommissionen sein, wo alle Parteien vertreten sind. Man muss nicht Architekt sein, um festzustellen, dass nicht alles Bestehende erhalten bleiben kann. Gewisse Objekte sollen in die Zentrumsplanung integriert werden. Die entsprechende Zentrumskommission wird sicher darüber diskutieren. Der Sprecher appelliert, zuversichtlich und beweglich zu sein.

***Abstimmung über nicht Eintreten, gemäss Antrag Bruno Bienz:***

Mit 19:7 Stimmen wird der Antrag abgelehnt und somit auf das Geschäft eingetreten.

***Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Peter Mattmann:***

Mit 21:6 Stimmen wird die Rückweisung abgelehnt.

***Detailberatung***

***3.6 Zentrumsnahes Wohnen auf der Liegenschaft Gemeindehaus (S. 12)***

Martin Heiz beantragt, folgende Bemerkung anzubringen: *Beim Verkauf dieser Liegenschaft ist aufzuzeigen, wie allenfalls der Gemeindegarten und der Gemeindehausplatz erhalten werden können und wie diese allenfalls in eine Überbauung integriert werden können.*

Peter Mattmann weist auf die Widersprüchlichkeit hin. Wenn die Gemeindeverwaltung neu im Pilatusareal realisiert wird, ist es schwierig, die Anlagen zu verkaufen. Wenn diese erhalten bleiben sollen, muss das Gemeindehaus am heutigen Ort bestehen bleiben. Die Bemerkung ist unverbindlich. Er stellt seine Anträge beim Kredit.

Rolf Bättig ist gegen die Überweisung dieser Bemerkung. Der vorliegende Bericht soll als Ganzes entgegengenommen werden, damit man flexibel bleibt. Ansonsten wollen alle irgendwo eine Bemerkung anbringen lassen.

Martin Heiz stellt klar, dass bei Planungsberichten Bemerkungen angebracht werden können. Für ihn ist dies eine Willenskundgebung. Zudem will der Gemeinderat ja das Gemeindehaus nicht verkaufen.

Franz Baumann ist gegen die Bemerkung. Beim Areal Gemeindehaus sollen Wohnungen gebaut werden. Es darf nicht sein, dass die Käufer verpflichtet werden, den Gemeindegarten zu übernehmen und zu unterhalten. Dies würde sich auf den Kaufpreis auswirken.

Peter Mattmann hat gelesen, dass der Gemeinderat das Gemeindehaus nicht veräussern will. Wenn die Bemerkung jedoch genehmigt wird, hat man keinen Zusammenhang. Das bestehende Gemeindehaus soll erweitert werden. Er will den Sinn dieser Planung wissen.

***Abstimmung über die Bemerkung von Martin Heiz:***

Die Bemerkung wird grossmehrheitlich abgelehnt.

***4. Weiteres Vorgehen / Verfahren & 5. Organisation (S. 13)***

Daniela Stutz will wissen, was unter „mehrstufigem Wettbewerbsverfahren“ gemeint ist. Sie möchte, dass auch Jungunternehmer miteinbezogen werden.

Weiter vermisst sie unter Ziffer 5 bei der Projektorganisation die Jugend. Diese wird ein Teil der vorgesehenen Umnutzung Schappe Ost wesentlich mitbenutzen.

Gemäss Bruno Peter wird der Wettbewerb im offenen Verfahren stattfinden und ist somit auch für Jungunternehmer offen – ähnlich wie bei den städtebaulichen Wettbewerben.

Bei der Projektorganisation solle die Jugend, wie auch die Zentrumsbewohner und das Gewerbe in den Kommissionen vertreten sein. Darum wird es sicher eine grosse Kommissionen geben. Die Jugend wird zudem in der Kulturstättekommission vertreten sein.

Daniela Kiener will, dass alle betroffenen Personen miteinbezogen werden. Für sie wirkt das Organigramm auf S. 13 sehr „baulastig“.

Bruno Peter stellt klar, dass nicht bereits schon alles definiert werden konnte. Bei der Zentrumsplanung wird ähnlich vorgegangen wie beim Neubau Zunacher 2, wo auch alle betroffenen Personen miteinbezogen wurden. Der Gemeinderat will sich breit abstützen.

Norbert Kremmel ergänzt, dass auf dem Pilatusareal ein mehrstufiges Verfahren eingeleitet wird. Der Gemeinderat bestimmt eine Jury, welche nach einer Präqualifikation zusammen mit dem Gemeinderat und der Kommission die Architekten festlegen, welche am Wettbewerb weiter teilnehmen dürfen. In der Folge schlägt die Kommission ein Projekt vor und stellt dem Gemeinderat den entsprechenden Antrag.

Rolf Bättig stellt fest, dass die Jugend indirekt in den Parteien vertreten ist. Man soll deswegen nicht unnötige Kommissionen ins Leben rufen. Für ihn ist es wichtig, dass die Begleitgremien führbar und entscheidungsfähig sind.

Franz Baumann erläutert, dass nicht bereits alles heute abgesegnet wird. Sämtliche Teiletappen werden dem Einwohnerrat zur Beratung und Genehmigung unterbreitet. Für die Grenze der Zuständigkeiten und die Referendumsart gelten die Bestimmungen der Gemeindeordnung.

Gemäss Bruno Achermann liegt die Kompetenz des Gemeinderates bei Liegenschaftsverkäufen bei Fr. 1 Mio. und beim Einwohnerrat bei Fr. 3 Mio.. Was höher ist, muss vors Volk. Somit kann der Gemeinderat praktisch keinen Liegenschaftsverkauf selber entscheiden.

Daniela Stutz stellt fest, dass vor allem Schappe Ost und die Teiggi die Jugend und Kultur betreffen. Sie geht davon aus, dass in den Kommissionen die betroffenen Personen vertreten sind und zwar von allen wichtigen Parteien.

Robert Thalmann erwähnt, dass der Gemeinderat bereit ist, den Beschlusstext gemäss Antrag BK zu übernehmen, wobei die Ziffer 3 zu streichen ist.

Martin Heiz stellt den Antrag, dass der bereits gestellte Antrag der SVP in den Beschlusstext integriert wird.

Robert Thalmann betont, dass über alle Anträge abgestimmt wird.  
Zuerst soll der Antrag der BK dem Antrag des Gemeinderates gemäss Bericht und Antrag gegenübergestellt werden.

***Abstimmung Antrag BK gegenüber Antrag Gemeinderat:***  
Der Antrag der BK wird grossmehrheitlich genehmigt.

Joe Brunner zieht seinen Antrag zurück, da sich dieser jetzt erübrigt.

Martin Heiz stellt folgenden Antrag: *Sämtliche Baukredite und Verkäufe im Zusammenhang mit diesem Planungsbericht sind dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorzulegen.* Er will damit erreichen, dass nicht einfach etwas realisiert werden kann, sondern alles über den Einwohnerrat läuft.

Gemäss Bruno Achermann steht im Planungsbericht klipp und klar, dass jeder weitere Schritt im Einwohnerrat diskutiert und genehmigt werden muss. Er hat mit dem Antrag von Martin Heiz Mühe. Dies ist für ihn eine Unterstellung, ein Misstrauensvotum. Mit dem Kredit wird etwas ausgelöst. Der Gemeinderat kann nur im Rahmen des Budgets handeln. Die Zentrumsplanung ist ein Projekt und der Gemeinderat verfügt über klare Kompetenzen.

Werner Baumgartner hat Vertrauen in den Gemeinderat, dass dieser mit seinen Kompetenzen vernünftig umgeht.

Für Martin Heiz geht es nicht um Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat. Er will nur, dass der Einwohnerrat entscheidet. Dies soll im Beschlusstext „verankert“ werden.  
Er erklärt sich bereit, seinen Antrag zugunsten einer Protokollerklärung zurückzuziehen.  
***Protokollerklärung.*** *Sämtliche Baukredite und Verkäufe im Zusammenhang mit diesem Planungsbericht sind dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorzulegen.*

Robert Thalmann stellt fest, dass Martin Heiz seinen Antrag somit zurückgezogen hat.

Peter Mattmann stellt zu Ziffer 2 des Beschlusstext folgende drei Anträge:  
Folgende Variante wird auch überprüft:  
*2.1 Pilatussaal und Scala bleiben, allenfalls renoviert und umgebaut, bestehen und werden in eine Überbauung integriert.*

*2.2 Das alte bestehende Gemeindehaus wird in einen Neu- und Erweiterungsbau integriert, der auf dem Gemeindehausplatz erstellt wird.*

*2.3 Es wird kein Terrain aus dem Liegenschaftsbesitz der Gemeinde verkauft.*

Diese Punkte spielen bei der Planung eine wichtige Rolle. Es muss unter diesen Voraussetzungen geplant werden, darum muss jetzt entschieden werden. Wenn die Anträge genehmigt werden, gibt es eine Übereinstimmung.

***Abstimmung über Ziffer 2.1 Antrag Peter Mattmann:***

Mit 14:9 Stimmen wird den Antrag abgelehnt.

Bevor über Ziffer 2.2 Antrag Peter Mattmann abgestimmt wird, plädiert Werner Baumgartner für eine kurze Pause, damit dies in den Fraktionen kurz besprochen werden kann. Es soll über alle drei Anträge von Peter Mattmann nach der Pause abgestimmt werden.

Robert Thalmann ordnet somit die geplante Pause an. Die Sitzung wird bis 16:30 Uhr unterbrochen.

***Abstimmung über den Rückkommensantrag von Werner Baumgartner, nochmalige Abstimmung über Ziffer 2.1 Antrag Peter Mattmann:***

Mit 15:11 Stimmen wird dem Rückkommensantrag stattgegeben.

Für Peter Schönenberger kann Ziffer 2.1 gutgeheissen werden, sofern es nur um eine Überprüfung geht. Ziffer 2.2 ist planerisch gesehen eine Verdreifachung der Planungsaufgabe – Gemeindeverwaltung auf dem Pilatusareal, Gemeindeverwaltung am alten Standort mit Erweiterungsbau und wenn Beibehaltung des alten Standortes, was geschieht mit dem Pilatusareal. Wenn die Gemeindeverwaltung „nur“ erweitert werden soll, was soll dann mit dem Pilatusareal geschehen?

Peter Schönenberger unterbreitet folgenden Gegenvorschlag: *Vor Eröffnung des Planungswettbewerbs wird dem Einwohnerrat eine Markanalyse zu den zwei Lösungen zur Beschlussfassung vorgelegt.*

Antrag Ziffer 2.3 empfiehlt die CVP/JCVP-Fraktion zur Ablehnung.

Peter Mattmann sieht dies als Einengung und das wäre eine Fehlentscheidung. Es sollen zuerst die Bedürfnisse der Vereine und Nutzer abgeklärt werden. Diese haben Auswirkungen auf den Standort der neuen Gemeindeverwaltung. Sonst ist das Ganze eine Phrase. Er bittet, seinem Antrag zuzustimmen. Die Gewichtung bleibt im Planungsprozess überlassen. Die bevorzugte Variante soll überprüft werden.

Gemäss Hansruedi Kunz kann man viele Varianten prüfen. Gewissheit, ob diese am Schluss vor dem Volk standhält, hat man nie. Er unterstützt den Vorschlag von Peter Schönenberger und möchte dazu die Meinung des Gemeinderates wissen.

Für Rolf Bättig liegt es in der Natur der Sache, dass man sich schrittweise überlegen muss, was gemacht werden soll. Der Gemeinderat hat bei der Zentrumsplanung gute Überlegungen angestellt. Die Voten lauten aber zurzeit nur negativ. Man soll Mut haben und dem Gemeinderat das Vertrauen schenken.

Daniela Kiener möchte nochmals den Gegenvorschlag von Peter Schönenberger hören.

Peter Schönenberger wiederholt: *Vor Eröffnung des Planungswettbewerbs wird dem Einwohnerrat eine Marktanalyse zu den zwei Lösungen zur Beschlussfassung vorgelegt.*

Peter Mattmann ist der Meinung, man könnte über seinen und den Antrag von Peter Schönenberger als Eventualantrag abstimmen lassen. Sein Antrag beruht auf Bedürfnisabklärungen und nicht auf einer Marktanalyse.

Werner Baumgartner plädiert auf den Antrag von Peter Schönenberger. Es soll über die Zentrumsplanung und nicht über einzelne Säle abgestimmt werden. Er möchte die Marktanalyse gerne sehen.

Martin Heiz beantragte eine Bemerkung, den Gemeindegarten allenfalls zu erhalten, aber nun will sich der Einwohnerrat mit dem Standort der Gemeindeverwaltung einengen. Die Freiheiten sollen belassen werden, sonst will er auch einen Rückkommensantrag zu seinem bereits abgestimmten Antrag stellen.

Bruno Peter unterstützt den Antrag von Peter Schönenberger, da es keinen Sinn macht, drei Projekte zu prüfen. Die Marktanalyse kann dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Der Pilatusaal und das Scala sollen in der Form einer Prüfung in den Beschlusstext aufgenommen werden. Über die weiteren beantragten Punkte kann sich der Gemeinderat nicht einverstanden erklären und lehnt diese ab.

Simon Konrad ist an der Luzernerstrasse aufgewachsen. Vor einem Jahr wurde der Verein „Lust auf Kriens“ gegründet, weil „das Eis in Kriens dünn wird“. Er wünscht sich, dass der Einwohnerrat den notwendigen Schritt macht. Er möchte wissen, wie das Pilatusareal anders genutzt werden soll. Allenfalls wäre es noch für Alterswohnungen geeignet, aber sicher nicht für einen Gewerbebetrieb. Er hat Bedenken, dass dies jemand will. Er wünscht sich ein offenes Zentrum – ein Begegnungszentrum. Für ihn ist der Antrag von Peter Schönenberger unnötig. Er vertraut dem Gemeinderat und bittet, alle drei Anträge abzulehnen.

Susanne Lanz stellt klar, dass Kriens bis ins Obernau geht. Hätte der Gemeinderat von Beginn weg besser informiert, hätte diese Diskussion verkürzt werden können. Sie unterstützt den Antrag von Peter Schönenberger.

Bruno Peter erwidert, dass alle entsprechenden Unterlagen im Baudepartement aufgelegt sind. Soviel er weiss, hat kein Mitglied des Einwohnerrates Einsicht genommen. Der Gemeinderat will kein „Klötzliprojekt“. Die ganze Planung ist eine Volumenrechnung. Mit den vorhandenen Ideen soll etwas Sinnvolles gestaltet werden.

Daniela Kiener gibt Susanne Lanz Recht. Der Einwohnerrat hätte in einem so wichtigen Prozess mehr miteinbezogen werden müssen. Dies zeigt auch der heutige Zeitplan, welcher schon längst überschritten wurde.

***Abstimmung über Ziffer 2.1 Antrag Peter Mattmann:***

Mit 15:11 Stimmen wird der Antrag angenommen.

***Abstimmung über Ziffer 2.2 Antrag Peter Mattmann gegenüber Antrag Peter Schönenberger:***

Grossmehrheitlich wird der Antrag von Peter Schönenberger bevorzugt.

***Abstimmung über den Antrag von Peter Schönenberger:***

16:11 Stimmen sind für die Aufnahme des Antrages von Peter Schönenberger in den Beschlusstext.

***Abstimmung über Ziffer 2.3 Antrag Peter Mattmann:***

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Robert Thalmann liest den bereinigten *Beschlusstext*.

1. Der Planungsbericht Zentrumsentwicklung Kriens wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die bisher geleisteten Aufwendungen sowie die Durchführung eines mehrstufigen Wettbewerbsverfahrens auf der Liegenschaft Pilatus, die Vorbereitung der Umnutzung der Schappe-Gebäulichkeiten in Jugend- und Kulturräume sowie Kommunikationsarbeiten wird ein Kredit in der Höhe von Fr. 400'000.00 bewilligt.
  - 2.1 Folgende Variante wird auch überprüft:  
Pilatussaal und Scala bleiben, allenfalls renoviert und umgebaut, bestehen und werden in eine Überbauung integriert.
  - 2.2 Vor Eröffnung des Planungswettbewerbs wird dem Einwohnerrat eine Marktanalyse zu den zwei Lösungen zur Beschlussfassung vorgelegt.
3. Der Kreditbeschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Es wird kein Rückkommen verlangt.

***Abstimmung über den Beschlusstext:***

Mit 18:7 Stimmen wird der bereinigte Beschlusstext genehmigt.

#### **4. Bericht und Antrag: Abrechnung Baukredit Pflegeheim Zunacher 2 Nr. 105/06**

Der Vorsitzende begrüsst Norbert Kremmel als Sachverständigen.

Stefan Meyer namens der FGK hält einleitend fest, dass Immobilien und Liegenschaften sowohl Sorgen als auch Freuden bereiten. Die vorliegende Bauabrechnung darf mit Freude, Dank und Anerkennung genehmigt werden. Das Projekt bzw. die Investition überzeugt durch professionelle Organisation, grosses Engagement und Kostensensibilität. Die Revision der Abrechnung wurde am 11. April 2006 vorgenommen. Dabei bestätigte sich, dass gute Arbeit geleistet wurde. Im Weiteren hat auch Fredy Vogel von der gemeinderätlichen Baukommission seine grosse Zufriedenheit mit dem Projekt zum Ausdruck gebracht.

Die korrigierte Abrechnung erfolgte aufgrund der Nachbelastung der Anschlussgebühren der Wasserversorgung. Nachdem es nicht konsequent ist, die Anschlussgebühren im Voranschlag aufzuführen, aber bei der Abrechnung wegzulassen, hat die FGK dies beim Gemeinderat bemängelt. Damit eine faire Kalkulation bei der Spezialfinanzierung Wasserversorgung erfolgen kann, darf die Gemeinde ihre eigenen Liegenschaften bei den Gebühren nicht ausklammern so dass diese im Wasserpreis als „Quersubventionen“ anfallen. Damit mehr Transparenz besteht, hat der Gemeinderat deshalb seine Praxis überprüft und die Zahlen entsprechend korrigiert. Die FGK empfiehlt einstimmig die Genehmigung und dankt für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keiner der Kommissionspräsidenten das Wort verlangt.

Bruno Peter verzichtet ebenfalls auf sein Wort.

Martin Heiz namens der SVP-Fraktion hat zum vorliegenden Geschäft Negatives und Positives zu sagen. Zuerst das Negative. An der Einwohnerratssitzung vom 19. September 2002 hat die SVP einen Ausführungs-Globalkredit von 21 Millionen gefordert anstelle des Kredites von ca. 25 Millionen. Dabei wurde sie mit diversen Aussagen überhäuft. Der Sprecher möchte folgende Zitate gemäss Protokoll der GPK vom 11.9.2002 nennen:

- *Bruno Peter*: Will man den heute geforderten Standard erreichen, so sind die Kosten in der vorgezeigten Höhe absolut erforderlich.
- *Bruno Achermann* sowie *Norbert Kremmel* sagten etwa das Gleiche.
- *Peter Germann*: Ein Pflegeheim mit diesem Ausbau-Standard kostet den genannten Preis.

Im Weiteren zitiert der Sprecher aus dem Einwohnerrats-Protokoll vom 19.9.2002:

- *Bruno Peter*: Zunacher 2 ist ein sehr gut geplantes Projekt, auch in Bezug auf die Kosten. Für 21 Mio. kann man ein Pflegeheim mit diesem Standard nicht bauen.
- Nochmals *Bruno Peter*: Er sei enttäuscht wenn Anträge mit Streichungen gestellt werden aber keine Lösungsvorschläge gemacht werden.
- *Matthias Senn*: Er bezeichne den Antrag, den Kostenrahmen um 4 Mio. zu kürzen, ohne aufzuzeigen, wie und wo dies möglich sei, als schlichtweg unseriös.

Der Sprecher fragt sich, wer nun eine seriöse Arbeit gemacht hat. Nun zum Positiven: Die SVP möchte allen Personen, die zu diesem positiven Abschluss beigetragen haben, recht herzlich danken, sind doch die Vorgaben der SVP zu 100 % erfüllt worden. Ein Dank gebührt auch dem Kommissionsmitglied Rolf Hager sowie den Herren Norbert Kremmel und Bruno Peter, die sicher sehr oft Nein sagen mussten.

Für Rolf Bättig namens der FDP-Fraktion herrscht Freude. Das Werk ist gelungen, die Bewohner und das Personal sind zufrieden. Im Rahmen der Revision mit seinem Kollegen durfte der Sprecher die seriöse Arbeit begutachten. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an die Beteiligten aus der Verwaltung und aus den Begleitkommissionen. Termine, Kosten, Qualität wurden eingehalten und die Abläufe sauber dokumentiert – was will man mehr. Die Frau- und Mannschaft um Bruno Peter hat in diesem Projekt sehr gute Arbeit geleistet - danke, danke, danke. Mit grosser Freude stimmt die FDP der Abrechnung zu. Die Bereinigung der Anschlussgebühren ist eine Notwendigkeit, da sie bereits im Kreditbegehren entsprechend vorgesehen war. Mit dem Thema Anschlussgebühren soll der Projekterfolg nicht geschmälert, sondern einfach die Umsetzung des Kreditbeschlusses sichergestellt und eine Kostentransparenz im Bereich Wasserversorgung erreicht werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass zur Detailberatung niemand das Wort verlangt und verliert deshalb den neuen **Beschlussestext**, in dem die Korrekturen in Bezug auf die Anschlussgebühren bereits berücksichtigt sind:

Die Abrechnung des Baukredites für das Projekt: Neubau Zunacher 2 mit Gesamtkosten von Fr. 20'994'879.-- wird genehmigt.

#### ***Abstimmung***

Der vorliegende Bericht und Antrag wird einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende dankt Norbert Kremmel für sein Erscheinen und verabschiedet ihn.

### ***5. Bericht und Antrag: Planungsbericht Familienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschule*** ***Nr. 119/06***

#### ***5.1 Dringliche Interpellation Heiz namens der SVP: Familienergänzende Kinderbetreuung*** ***Nr. 123/06***

Der Vorsitzende begrüsst Esther Siegenthaler, Präsidentin des gemeinnützigen Frauenvereins, als Expertin. Er informiert darüber, dass bereits drei Anträge von der FDP, der SVP und der JCVP/CVP vorliegen, welche den Mitgliedern des Wohnerrates verteilt wurden.

Stefan Meyer namens der FGK stellt fest, dass der Gemeinderat einen Auftrag erfüllt hat, der verschiedene Stufen durchlaufen hat. Er hat die Aufträge des Einwohnerrats zu konkreten Projekten entwickelt und fundiert ausgearbeitet. Dafür gebührt ihm die entsprechende Anerkennung, auch wenn „gut Ding Weile haben will“. Die Vorschläge des Gemeinderates wurden vorwiegend befürwortet. Die gesellschaftliche Situation und die ermittelten Bedürfnisse rufen nach diesem Angebot. Ziel ist es, dass prekären Familiensituationen begegnet wird und die Verbindung von Beruf und Familie erfolgt. Die Meinungen, wie dies erreicht werden soll, sind wahrlich verschieden. Das Hortangebot und die Kitas sind unumstritten. Auch die Nutzung des Heinrich-Walther-Hauses und Partnerorganisation mit dem gemeinnützigen Frauenverein wurden sehr begrüsst. Vereinzelt wurde am Ausbau der Tagesschule gezweifelt. Besonders in der Frage, was ein angemessener Elternbeitrag ist, gingen die Meinungen auseinander. Insgesamt schlägt die FGK mit 5:1 Stimmen die Genehmigung vor.

Patrick Koch namens der USK informiert darüber, dass am 8. Mai 2006 eine gemeinsame Informationssitzung mit den Mitgliedern der FK, VBK und USK über die familienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschule stattgefunden hat. Die anwesenden Fachpersonen haben dabei die zahlreichen Fragen der Kommissionsmitglieder kompetent beantwortet. Deshalb hat die USK auf eine Detailberatung verzichtet. Die USK spricht sich mit 3 Ja-Stimmen - bei 2 Enthaltungen - knapp für die Annahme des vorliegenden Bericht und Antrags aus.

Matthias Senn hält fest, dass die VBK mehrheitlich empfiehlt, dem Bericht und Antrag zuzustimmen. Die schnelle Schaffung von Kindertagesplätzen wird für dringend notwendig empfunden. Das Familienleben muss finanzierbar bleiben. Die gesellschaftliche Entwicklung mit Alleinerziehenden, Doppelverdienern, Frauen mit guter Ausbildung, aber auch die demografische Entwicklung machen familienergänzende Kinderbetreuung notwendig. Man ist erfreut über die verträgliche Umsetzung des Planungsberichts. Das „Payback“ der familienergänzenden Kinderbetreuung ist ein wichtiges Argument, das auch die letzten Zweifler von der Realisierbarkeit des Projekts überzeugen sollte.

Zweifel gibt es an der geplanten Betriebskostendeckung von 25% bis 30% und dass die angestrebte Durchmischung der sozialen Schichten kaum funktioniert, wenn das Sozialamt Kindertages- bzw. Hortplätze vor allem für Sozialfälle beansprucht. Hinterfragt wird auch das Argument der Chancengleichheit bei der Tagesschule. Wenn 60 Schüler/innen eine Tagesschule und 2'000 Schüler/innen eine Regelklasse besuchen, kann kaum von Chancengleichheit gesprochen werden.

Die Horteröffnung im Sommer 2007 hat absolute Priorität, da ist sich die Mehrheit der VBK-Mitglieder einig. Es ist vorgesehen, dass Modell der Tagesschule nochmals zu prüfen, zu differenzieren und dann die Kredite zu beantragen. Trotzdem wird ein „Ja“ des Parlaments zum vorliegenden Bericht und Antrag als eine Absichtserklärung für die Tagesschule verstanden, analog zu einem Projektierungskredit bei einem Bauprojekt. Wer zum Vorgehensvorschlag des Gemeinderates ja sagt, der sagt grundsätzlich ja zur Einführung der Tagesschule.

Cyrell Wiget freut sich darüber, dass er den vorliegenden Bericht und Antrag vorstellen darf. Einleitend hält er fest, dass dieser von Helene Meyer-Jenni und ihm gemeinsam erarbeitet wurde. Er wird Ausführungen zur Kita und zum Hort abgeben. Die Informationen zur Tagesschule erfolgen durch Helene Meyer-Jenni.

Bei diesem Planungsbericht handelt sich um einen Auftrag des Einwohnerrats. Viele Anwesende erinnern sich, im Jahr 2001 wurde ein kleines Feuerwerk an Vorstössen eingereicht, alle mit ähnlichen Erwägungen:

- Die CVP/JCVP-Fraktion forderte bessere Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Wirtschaft mittels Betreuungsinfrastrukturen (mit 22:4 Stimmen überwiesen)
- Die FDP-Fraktion forderte eine Bedürfnisabklärung und entsprechend den Ausbau der Institutionen (mit 23:3 Stimmen überwiesen)
- Die SP/GB-Fraktion verlangte erneut die Einführung einer Tagesschule (mit 21:5 Stimmen überwiesen)

Durch die Überweisung der drei Motionen befand sich der Gemeinderat in einer nicht ganz einfachen Lage: das Parlament, das in grossangelegten Sparrunden alle freiwilligen Leistungen der Gemeinde überprüfen liess und auch Leistungen abbaute, verlangte gleichzeitig einen Ausbau diverser Institutionen, deren Betrieb die Gemeinde nur sicherstellen kann, wenn Steuergelder fließen. Der Gemeinderat traute dem Auftrag offensichtlich nicht so recht und überprüfte 2004 mittels eines eigenen Bericht und Antrages die Ernsthaftigkeit der Absichten des Parlamentes. Dem Einwohnerrat schien es ernst zu sein. Der Bericht und Antrag Kinderbetreuung und Tagesschule wurde einstimmig überwiesen.

Im Frühjahr 2005 setzte der Gemeinderat eine Steuergruppe und zwei Arbeitsgruppen ein. Die Arbeitsgruppe „Teilprojekt Tagesschule“ setzte sich mit den Modellen einer Tagesschule auseinander und die Arbeitsgruppe „Teilprojekt Kinderbetreuung“ wurde beauftragt, die ausser-schulische Kinderbetreuung zu überprüfen. Letztere übernahm auch den Auftrag, eine Bedürfnisabklärung in der Bevölkerung von Kriens durchzuführen. Koordiniert wurden die beiden Gremien von einer übergeordneten Steuergruppe.

Die Resultate dieser Arbeiten wurden im Frühjahr 2006 dem Gemeinderat in mehreren Lesungen vorgestellt und zur Genehmigung unterbreitet. Heute liegt nun ein ausgereifter Planungsbericht vor.

### ***Gründe für den Ausbau ausserfamiliärer Kinderbetreuung***

Zentrale Fragen hierfür sind: „Was bringt der Ausbau? Weshalb fordert ein Grossteil aller Parteien und betroffenen Verbände Investitionen?“. Argumente, die dafür sprechen, sind:

- *Eine Antwort auf neue Familienformen:* Auf Seite 5 des Berichtes sieht man die Veränderung der Familienstrukturen in einer Graphik: Alleine innerhalb von 10 Jahren gingen Haushalte mit den traditionellen Familienmodell „Vater 100% weg, Mutter 100% zuhause“ von rund 60% auf 37,3% zurück, gleichzeitig wuchs das modernisierte bürgerlich Model von 23,2% auf 36,5%. Man sieht, dass die Gemeinde Kriens mit dem Ausbau nicht der Zeit vorausseilt, sondern lediglich dem Rechnung trägt, was gesellschaftlich passiert.
- *Fördert Sozialkompetenz:* Die Problematik von Kleinstfamilien, in denen die Kinder nur wenig Kontakt zu gleichaltrigen haben, ist bekannt. Kinder brauchen diesen Kontakt um das Sozialverhalten zu erlernen.
- *Ort der Prävention – Chancengleichheit*
- *Förderung der Integration*
- *Standortvorteile / Attraktivität der Gemeinde:* Kürzlich gab es einen Bericht in der NZZ am Sonntag, welche mit einem Rating der Zuger Gemeinden aufzeigte, dass der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung neben dem Steuerfuss, die Wahl einer Wohngemeinde beeinflusst.
- *Positive Auswirkung auf die Wirtschaft*
- *Generiert Steuereinnahmen*

- *Gegen sinkende Geburtenzahlen*

### ***Bedürfnisabklärung***

Im Mai 2005 wurden sämtliche Krienser Eltern, die Kinder bis zur 6. Primarschule haben, mit einem Fragebogen bedient. Bereits die Rücklaufquote von über 40% schien auf eine hohe Resonanz der Fragestellung hinzuweisen. Die Auswertung des Fragebogens kann auf zwei Kernaussagen zusammengefasst werden:

Das traditionelle bürgerliche Familienmodell – der Vater arbeitet zu 100% und die Mutter ist zu 100% zu Hause – liegt in Kriens lediglich noch bei 30% aller Eltern vor. Würde man die Umfrage als repräsentativ bezeichnen, dann liegt diese Familienform in Kriens sogar unter dem schweizerischen Schnitt von 37%. Das moderne bürgerliche Familienmodell – der Vater ist voll erwerbstätig und die Mutter arbeitet Teilzeit – liegt in Kriens bei 43% (schweizerischer Schnitt = 36%). Diese Zahl belegt die Notwendigkeit eines Ausbaus der familienergänzenden Kinderbetreuung. Handelt es sich doch bei diesen 43% um die eigentliche Zielgruppe.

Die Zustimmung für einen Ausbau der Kinderbetreuung – unabhängig von der eigenen Situation – ist enorm hoch: 61% für die Kinderbetreuung Krippe/Hort, 81% für Tagesmütter und 64% für eine Tagesschule. Unter Berücksichtigung der eigenen Umstände sind es immer noch 33%. Umgerechnet in absolute Zahlen wären es z.B. 290 Kindern im mittagstischfähigen Alter. Das hat man natürlich nicht so interpretiert, dass man jetzt 60% neue Mittagstischplätze erstellt, aber heute bestehen lediglich 10.

### ***Schlussfolgerungen***

In Kriens fehlt eine Infrastruktur, die dem modernen bürgerlichen Familienmodell entspricht. Es fehlen Angebote für Frauen und Männern, Arbeitswelt und Familie zu vereinen. Die Gemeinde Kriens besitzt mit dem Chinderhuus Bellpark (vorschulische Kinderbetreuung) und dem Schüelerhuus (schulische Kinderbetreuung) eine gute Infrastruktur für Alleinerziehende oder Kinder in schwierigen Lebenslagen. Hingegen fehlt es an Angeboten für jene 43% der Familien, bei denen beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen. Generell gilt: Einen Hort gibt es keinen, das Schülerhaus ist reserviert für Alleinerziehende und für Kinder im vorschulpflichtigen Alter besteht das Chinderhuus mit einer langen Warteliste sowie zwei ausgelastete private Anbieter.

### ***Anträge***

Der Gemeinderat ist nach intensiver Auseinandersetzung mit der Thematik und unter Berücksichtigung zahlreicher Studien, u.a. auch aus der Wirtschaft, zum Schluss gekommen, dass es eine Ergänzung zum bestehenden Angebot braucht. Die Erweiterung soll mit drei Massnahmen erreicht werden. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament:

1. Der Sprecher legt zu seinen Ausführungen zum Heinrich-Walther-Haus eine entsprechende Folie auf, welche ein Bild der erwähnten Liegenschaft zeigt. In diesem Haus am Rande des Bellparks soll auf zwei von vier Stöcken ein Hort eingerichtet werden, auf zwei weiteren Stöcken soll der Mittagstisch zu stehen kommen. Dieser ist zur Zeit im Gallusheim untergebracht. Der Keller bietet wenig Raum zum Spielen, keine Möglichkeit für mehr als 12 Kinder. Die Planung sieht vor auf das Schuljahr 07/08 zu eröffnen. Das Konzept soll ein flexibles Angebot ermöglichen, auch für Eltern mit Überschneidungen von einzelnen Tagen. Dies bewirkt, dass die 20 Plätze durchaus Platz für 50 bis 60 Familien bieten. Die Finanzen zeigen folgendes Bild: Sanierung des Hauses, Kostenvoranschlag Fr. 190'000.-- / Einrichtung für Kinder, Mobiliar, Einbau Küche Fr. 90'000.-- / Betrieb Fr. 187'000.-- (abhängig von der

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern: wer bezahlen kann, bezahlt die volle Kostendeckung, Grundlage ist allerdings ein Deckungsgrad von 25%).

Die Vorteile liegen auf der Hand, der zentrale Standort, die Nähe zum Bellpark, die gute Busanbindung, und die Schulhausnähe.

Die Trägerschaft verdient ein grosses Dankeschön und der Sprecher freut sich bereits heute auf die Zusammenarbeit.

2. Auf die Führung von gemeindeeigenen Kindertagesstätten wird verzichtet. Es erfolgt eine bedarfsorientierte Teilsubventionierung von ca. 20 privaten Kita-Plätzen (zusätzlich zu den bestehenden im Chinderhuus Bellpark), mittels stufenweiser Einführung in vier Schritten (jährlich fünf Kita-Plätze ab 2008 bis 2011).
3. Planung und Vorbereitung zur stufenweisen Einführung einer Tagesschule auf den Schuljahresbeginn 2008/09.

### **Finanzierung**

Für den Betrieb eines Hortes mit integriertem Mittagstisch ist jährlich mit Subventionen von Fr. 187'900.-- zu rechnen. Die stufenweise Erweiterung von Kita-Plätzen wird mit Fr. 44'500.-- (2008) bis Fr. 178'000.-- (2011) teilsubventioniert. Für den Betrieb der Tagesschule ist bei einem Vollausbau mit Kosten in der Höhe von Fr. 460'400.-- zu rechnen.

Zurzeit wird das beschränkte aktuelle Angebot mit Fr. 658'000.-- subventioniert. Ein Ausbau der Angebote – wie in den zugestellten Unterlagen ausgeführt – beläuft sich ab 2011 auf Fr. 1'485'900.-- (jährlich wiederkehrend).

Das sind für eine Gemeinde mit 25'000 Einwohner/innen und einem Budget von rund 150 Mio. Franken stolze Beträge. Dennoch ist der Gemeinderat überzeugt, dass sich diese Investitionen langfristig lohnen werden. Werden nämlich die höheren Steuereinnahmen durch die Besteuerung der zusätzlichen Arbeitsplätze sowie die Ersparnisse im Sozialwesen durch bessere Integration mitgerechnet, ergibt sich für die öffentliche Hand insgesamt ein finanzielles Plus. In diesem Sinne handelt es sich um eine Vorinvestition, die eine moderne Gemeinde heute tätigen soll. Der Blick auf Städte wie Zug und Luzern bestätigt diesen Sachverhalt.

Helene Meyer beginnt ihr Votum mit dem Satz „Ohne Kinder hat eine Gesellschaft keine Zukunft“. Dies ist die Aussage von Pascal Couchepin, anlässlich der Präsentation des Familienberichtes 2004. Es gilt also, zu Kindern und ihren Familien Sorge zu tragen. Sie sind die Basis unserer Gesellschaft. Ihre Potenziale zu fördern und auszuschöpfen ist im Hinblick auf den Ausbau des Wohlstandes und die Erhaltung des sozialen Friedens eine notwendige Bedingung. Bildung und Erziehung kommen also eine besondere Bedeutung zu. Das gilt vor allem auch für die Volksschule. Sie ist der einzige Ort im Leben eines Menschen, wo dieser für eine längere Zeit mit gleichaltrigen aus allen Bevölkerungsschichten zusammen trifft. Soziale, kulturelle und sprachliche Heterogenität prägt heute unser Leben, das Bild der Volksschule und somit das Lernumfeld der Kinder. Tagesschulen bieten einen pädagogisch und zeitlich erweiterten Förderrahmen, um den Schwierigkeiten oder auch Anforderungen der heutigen Welt und den Kindern zu begegnen und erfolgreiches Lernen zu ermöglichen. In der heutigen Wissensgesellschaft ist eine gute Ausbildung der Bevölkerung die wichtigste Voraussetzung für wirtschaftlichen und persönlichen Erfolg. Dabei ist die Ausbildung nicht nur im Sinne der Wissensvermittlung zu verstehen, sondern auch im Bereich der Sozial- und Selbstkompetenz.

### ***Warum eine Tagesschule in Kriens? Besteht überhaupt ein Bedarf danach?***

Zitat: „Wir fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir befürworten die Schaffung von Tagesstrukturen und Tagesschulen und wir wollen Kinder- und Elternberatungsstellen, Kinderkrippen und Tagesschulen schaffen.“ Das ist die Aussage der CVP, nachzulesen unter anderem im Positionspapier der Partei vom Dezember 2004.

Zitat: „Tagesschulen sind einzuführen“. So knapp, oder etwas ausgedehnter: Die Einrichtung von Tagesschulen in Gemeinden und Kantonen ist zu fördern. „Diese erleichtern den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Berufsalltag enorm. Die Eltern dürfen nicht aus der Verantwortung gezogen werden und ihre Kostenbeteiligung ist unverzichtbar“. Das sind die Worte der FDP (Wahlplattform 2003 und 2004).

Die SVP Schweiz betont, dass eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien wichtig ist. Unterstützende Angebote wie Tagesschulen seien aber nicht flächendeckend vom Staat vorzuschreiben, sondern gezielt bei Bedarf. Und die Aussage „Tagesschule sollen integrierender Bestandteil unseres Bildungssystems werden“ der jungen SVP 2002, unterstreicht die Feststellung, dass der Antrag des Gemeinderates längst politisches Tagesthema ist.

Diese Liste liesse sich mit zahlreichen weiteren Aussagen aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Organisationen (z.B. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) ergänzen.

Der Bedarf in Kriens wurde mittels Bedürfnisabklärung ermittelt. Auf die Frage „Sind Sie der Meinung, dass es in Kriens eine Tagesschule braucht?“ haben 565 Frauen und Männer mit „ja“ geantwortet. Auf die Frage „Würden Sie unabhängig von Ihrer heutigen Lösung für Ihr Kind / Ihre Kinder das Angebot einer Tagesschule beanspruchen, oder würden Sie Ihr Kind / ihre Kinder bei der Einschulung für die Tagesschule anmelden?“ haben 389 Personen mit „ja“ geantwortet. Selbst wenn diese Zahl bei der tatsächlichen Anmeldung massiv zurückgehen würde, ist der kommunale Bedarf nachgewiesen und kann mit den Realitäten in der Gemeinde-schule unterstrichen werden. Aber, „alle fordern Tagesschulen, doch niemand nimmt ihre Realisierung an die Hand“ - Das ist bei avenir suisse nachzulesen. Die Tagesschule isoliert zu betrachten genügt nicht. Sie ist ein Mosaikstein in diesem ganzen Angebot, in dieser ganzen Bedarfspalette der Familienpolitik, der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Eine Tagesschule besteht aus gleichwertigen Teilen von Unterricht und Betreuung. Die Betreuung besteht darin, dass in der unterrichtsfreien Zeit ausgebildete, pädagogisch geeignete Personen, verantwortlich sind, für die Begleitung, Förderung und Unterstützung der Kinder. Somit wird die Tagesschule mit Unterricht und Betreuung zu einem umfassenden Lebens-, Lern- und Erfahrungsort.

### ***Worin unterscheidet sich die Tagesschule vom Hortangebot?***

Die Tagesschule bietet einen erweiterten schulischen Rahmen und eine feste Struktur zu konstanten Bezugspersonen, die sich positiv auf die Lern- und Lebensleistungen der Schülerinnen und Schüler auswirkt. Der ganztägige Aufenthalt der Kinder während 4 bis 5 Tagen garantiert Stabilität und einen guten „Nährboden“. Die Kinder werden gut gepflegt, haben einen ruhigen Ort für die nachschulischen Arbeiten (die Hausaufgaben) und werden angeregt, motiviert und unterstützt, die Freizeit sinnvoll zu verbringen.

Der pädagogische und soziale Rahmen der Tagesschule kann Probleme und Schwierigkeiten abschwächen, auffangen oder vermeiden. Die Förder- und Freizeitangebote, die Hausaufgabenbegleitung, die Arbeitsgemeinschaften, die Essens- und Verpflegungszeiten, die Rückzugsmöglichkeiten und die Ruhezeiten für die kleineren Kinder tragen alle zu einer grösseren Aufnahmefähigkeit und Lernbereitschaft der Kinder und Jugendlichen bei.

Wer braucht denn eine solche feste Struktur – eine Tagesschule – die die ganze Woche bzw. vier bis fünf Tage abdeckt?

Das „Zielpublikum“ oder die Bedarfsorientierung ist sehr, sehr breit gefächert. Sie geht von berufstätigen Eltern, die eine vollumfängliche, stabile Betreuung ihres Kindes / ihrer Kinder brauchen bzw. wollen, über die alleinerziehenden Mütter und Väter, zu den Einzelkindern, für die die Eingliederung in eine feste Gruppe von grosser Bedeutung ist, bis zu Kindern mit Defiziten oder fremdsprachigen Kindern.

### ***Genügt denn nicht, was wir schon haben?***

Die Einführung der Blockzeiten führt zu Auswirkungen auf den Familienalltag bzw. die Betreuungsorganisation der Kinder. Zu meinen, diese Blockzeiten würden grosse Verbesserungen in jene Situationen bringen, die eine Betreuung der Kinder in grösserem Umfang erfordern, ist ein Trugschluss. Die Kinder, vor allem die jüngeren Schülerinnen und Schüler, haben nun an mehreren Nachmittagen schulfrei. Die Problematik der Betreuung verschärft sich hier allenfalls sogar. Der Hort ist genau jener Ort, der für tageweise strukturelle Betreuungsübernahme richtig ist. Die Tagesschule schliesst also mit ihrem sowohl pädagogischen, als auch betreuenden Ansatz eine Lücke im grossen Netzwerk, in Alltagssituationen von Familien und Kindern.

Das Bild der klassischen Rollenverteilung, von den guten Unterstützungs- und Familienorganisationen in Bezug auf die Kinderbetreuung, steht leider mit den Realitäten oft im Widerspruch. Frauen und Männer, die ihren Beruf leben wollen oder müssen und trotzdem verantwortungsbewusst und sorgfältig für ihre Kinder schauen wollen, benötigen und rechtfertigen eine Krienser Tagesschule.

### ***Elternbeiträge***

Zur Zeit gibt es etwas 70 Tagesschulen in der ganzen Schweiz. Viele Gemeinden sind zur Zeit damit beschäftigt, ihre Tagesschule bzw. ihre Modelle zu entwickeln. Dabei sind Elternbeiträge immer auch ein Thema. Unbestritten ist meist, dass die private, sprich finanzielle Verantwortung, eingefordert werden muss bei der Aufnahme von Kindern in eine freiwillige Tagesschule. Dies wiederum zeigt sich in der Beteiligung im Entrichten von Elternbeiträgen.

Grundsätzlich gibt es 3 Beitragsmodelle zu unterscheiden:

1. Einkommensabhängige Beiträge
2. Fixbeiträge
3. Die Kombination der beiden Modelle

In den meisten heute bestehenden oder in Planung steckenden Tagesschulen werden die Elternbeiträge abgestuft, nach dem steuerbaren Einkommen erhoben. Die Basis bildet ein Mindestbeitrag, der ergänzt wird. Die Beitragsskala ist oft nach oben begrenzt. Diese Obergrenze soll maximal den Beitrag zur Deckung der Vollkosten für Betreuung und Verpflegung eines Tagesschulplatzes entsprechen, nicht aber die Unterrichtszeit subventionieren. Die eigentliche Unterrichtszeit entspricht dem kostenlosen Schulbesuch in der Schweiz.

Das System der einkommensabhängigen Elternbeiträge gilt als einigermaßen gerecht und auch für niedrige Einkommen erschwinglich. Dabei ist aber auch zu beachten, dass die Beiträge der höchsten Kategorie allenfalls sogar abschreckend sein könnten. Dies möchte man nicht, da eine gute soziale Durchmischung der Klassen erreicht werden soll.

Fixe Elternbeiträge führen zu einer Beschränkung der möglichen Familien bzw. Kinder, die das Angebot nutzen können oder zu einer Verschiebung der Aufwendungen, dann nämlich, wenn die Kosten der Tagesschule von der Sozialhilfe übernommen werden.

Erika Bütler, an der Universität St. Gallen: „Arbeiten lohnt sich nicht, ein zweites Kind noch weniger“. Das zeigt die Problematik der Elternbeiträge für Kinderbetreuungsangebote oder/und Tagesschulen deutlich auf. Sie fordert sogar, die einkommensabhängigen Tarife in den Krippen und Horten abzuschaffen und beantragt zusammen mit Ökonominen eine neue Familienpolitik, denn Familienpolitik sei Wachstumspolitik. Dazu gehöre als zentraler Punkt Betreuungsgutschriften für Kinderkrippen und Kinderhorte sowie Tagesschulen. Dieser Argumentation kann man sehr wohl folgen. Wenn man aber heute vorwärts machen und einen Schritt in die richtige Richtung gehen will, muss man allenfalls mit Elternbeiträgen starten und gleichzeitig mitwirken und mithelfen, dass sich das Steuersystem bzw. die Finanzierungen der Angebote verändern kann. Dies liegt nicht alleine in der Hand einer Kommune wie Kriens.

Der Vorschlag der gestuften Elternbeiträge steht sehr wohl in einem guten Einklang und Verhältnis zu bestehenden und funktionierenden Tagesschulen.

#### ***Antrag der FDP-Fraktion***

Die Forderung, der Gemeinderat solle die stufenweise Einführung der Tagesschule auf einen späteren Zeitpunkt beantragen, ohne von einem konkreten Termin zu sprechen, lässt die Vermutung aufkommen, dass die Notwendigkeit bzw. der heutige Bedarf von der FDP nicht anerkannt ist.

Dem kann der Gemeinderat so nicht zustimmen. Im Weiteren wird gefordert, dem Einwohnerrat einen Zwischenbericht über die Erfahrung mit der familienergänzenden Kinderbetreuung, 2 Jahre nach der Einführung des Hortes zu unterbreiten, und damit weitere Entscheidungsgrundlagen für die Tagesschule zu schaffen. Das bedeutet, dass erst im Sommer / Herbst 09 (der Hort eröffnet 2007) ein Rückblick und eine Bestandesaufnahme gemacht werden, und eine Berichterstattung an den Einwohnerrat also frühestens im Winter 09/10 statt finden könnte. Selbst wenn sich dann das Parlament unverzüglich für eine Tagesschule aussprechen würde, wäre eine Einführung frühestens auf das Schuljahr 10/11, realistischer auf 11/12 möglich. Es handelt sich hier eigentlich um ein Moratorium.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass er den Bedarf in allen Aspekten, sei es Wirtschaft, Arbeitsmarkt, volkswirtschaftlich, aus familien- und gesellschaftlichen Überlegungen, aus Aspekten der Chancengleichheit und der sozialen Bedeutung, ergänzt mit Zahlen und Vergleichen, ausreichend dargestellt hat.

Die Einführung der Blockzeiten wird auf den Bedarf nach einer Tagesschule marginale Bedeutung haben. Gerade weil die Tagesschule eine Lücke verkleinern wird, die mit den Blockzeiten überhaupt nicht geschlossen wird. Ebenso schliesst der Hort diese Lücke nicht.

Die eigentliche Nagelprobe, wie viele Kinder beim Start einer Tagesschule angemeldet werden, erfolgt sowieso erst dann, wenn es wirklich ernst gilt. Der Gemeinderat will nicht verschweigen, dass sämtliche Tagesschulen nicht am ersten Tag ausgebucht waren. Es geht hier um eine pragmatische Einführung und einen schrittweisen Aufbau, der auch etwas Geduld und Ausdauer erfordert. Die Sprecherin versichert aber, dass der Gemeinderat keine Tagesschule eröffnen wird mit nur 2 – 3 Kindern. Die Angst, komplett an Bedarf und Bedürfnis vorbei zu planen oder allenfalls zu realisieren, kann dadurch genommen werden. Der Gemeinderat wird aber mit dem

eigentlichen Bericht und Antrag und der Beantragung der Finanzen weitere Aussagen zum Bedarf und zu den Erfahrungen, nicht nur in Kriens, sondern auch in den umliegenden Gemeinden, nach Einführung der Blockzeiten machen können und zwar in einem vernünftigen Zeitrahmen. Und zudem hat der Gemeinderat den Start sehr bewusst auf das Schuljahr 08/09 gelegt - zufolge der rückgehenden Schülerzahlen.

Zum Thema Bedarf wurden zudem in den vergangenen 10 Jahren sehr viele Studien, Erhebungen und Zusammenhänge dargestellt. Nun geht es darum, diese zu anerkennen und zu akzeptieren, auch wenn man sehr oft das Bild mit sich trägt, dass die eigentliche Kernfamilie oder die Grossfamilie nach wie vor die Kinderbetreuung am Besten gewährleisten könnte.

Die Krienser Tagesschule wird ein freiwilliges Angebot der Gemeindeschule mit einem für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen 5-Tages-Rhythmus sein, das sowohl pädagogische als auch schulorganisatorische Vorteile enthält.

Mit diesem Bericht und Antrag beschliesst der Einwohnerrat den Grundsatz. Er sagt „ja“ zu einer weiteren Konkretisierung des Krienser Modells. Der Gemeinderat wird auf Grund der fortlaufenden Erfahrungszahlen und Erkenntnisse das Modell nochmals überprüfen und abwägen zwischen integrierter oder separierter Tagesschule. Dabei wird die Schulpflege involviert sein. Die Raumsituation wird nochmals betrachten, die Elternbeiträge nochmals überprüfen, und der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat im Laufe des Jahres 2007 das definitive Modell und die Kosten zur Genehmigung vorlegen.

Hier geht es um Familienpolitik. Familienpolitik, die spartenübergreifend zu verstehen ist. Es geht um Arbeitsmarktpolitik, um Sozialpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik aber auch um Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Tagesschule ist ein ganz winziges Element in diesem grossen Zusammenspiel.

Wenn man das Aufwand-/Nutzenverhältnis gesamthaft betrachtet, wird offensichtlich, dass das in die Tagesschule investierte Geld, nicht in ein „Fass ohne Boden“ fällt. Im Gegenteil: es handelt sich dabei um eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft, die von der Chancengleichheit beider Geschlechter geprägt ist. Das Wohl der Wirtschaft, welche die Frauen als Arbeitskräfte braucht, geht mit dem Wohl der Frauen, die sich beruflich verwirklichen können und wollen, dem Wohl der Kinder, welche die Zukunft unseres Landes bedeutet, und jenem der Männer einher. Diese Aussagen stammen nicht von der Sprecherin selbst. Sie sind aus dem Positionspapier „Familienpolitik“ der FDP.

Auf Grund dieser Überlegungen beantragt der Gemeinderat, im Grundsatz „ja“ zu sagen, zu einer Tagesschule Kriens. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat in Bezug auf Modell, Elternbeiträge, Standort und Kosten nochmals einen Bericht und Antrag vorlegen, damit der Einwohnerrat den definitiven Startschuss auf das Schuljahr 08/09 setzen kann. Die Sprecherin dankt dem Einwohnerrat für die Unterstützung der Vorlage.

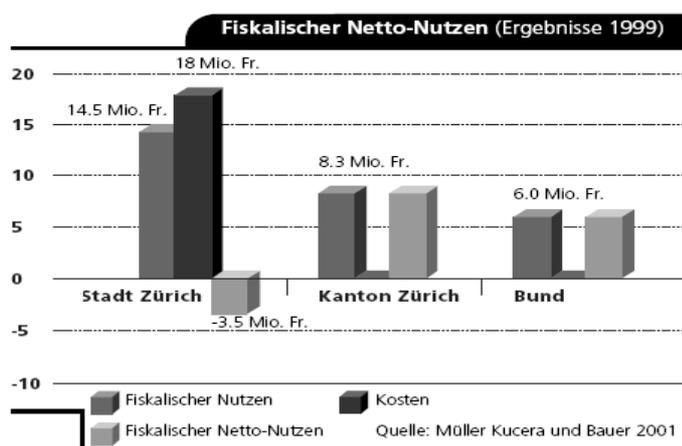
Cyrell Wiget greift die Schlussworte von Helene Meyer auf. Es handelt sich um ein soziales und ein wirtschaftliches Projekt. Der Sprecher zeigt anhand der nachstehenden Folien auf, dass sich auch ein fiskalischer Nutzen für die Gemeinde ergibt:

Approximative Kostenentwicklung familienergänzende Kinderbetreuung  
2007 - 2013

Jahr	KITA Chinder- huus	Anz. zusätz. Plätze	zusätzlich subv. KITA- Plätze	Tages- platz- verein	Schleier- huus	Spiel- gruppen- verein	Dopo- scula	Mittags- tisch	Hort			Schul- jahr	Tages- schule	Total ohne Bsubv.	Mehrkosten gegenüber 2006 ohne Bsubv.	Total inkl. Bsubv.	Mehrkosten gegenüber 2006 inkl. Bsubv.
									Kosten ohne Bsubv.	*Bundes- subv.	Kosten mit Bsubv.						
2006	227'000	0	0	145'000	205'000	12'000	19'000	50'000				06/07	0	658'000		658'000	
2007	227'000	0	0	145'000	205'000	12'000	19'000	51'600	187'900	60'000	127'900	07/08	0	847'500	189'500	787'500	129'500
2008	227'000	5	44'500	145'000	205'000	12'000	19'000	51'600	187'900	60'000	127'900	08/09	164'300	1'056'300	398'300	996'300	338'300
2009	227'000	10	89'000	145'000	205'000	12'000	19'000	51'600	187'900	60'000	127'900	09/10	342'100	1'278'600	620'600	1'218'600	560'600
2010	227'000	15	133'500	145'000	205'000	12'000	19'000	51'600	187'900			10/11	299'900	1'280'900	622'900	1'280'900	622'900
2011	227'000	20	178'000	145'000	205'000	12'000	19'000	51'600	187'900			11/12	502'700	1'528'200	870'200	1'528'200	870'200
2012	227'000	20	178'000	145'000	205'000	12'000	19'000	51'600	187'900			12/13	460'400	1'485'900	827'900	1'485'900	827'900
2013	227'000	20	178'000	145'000	205'000	12'000	19'000	51'600	187'900			13/14	460'400	1'485'900	827'900	1'485'900	827'900

\* Bundessubv. max. Fr. 3000/Platz während 3 Jahren

Berechnung nach den Budgetzahlen 2006 - nicht berücksichtigt ist die Teuerung



Die Untersuchungen in Zürich belegen den fiskalischen Nutzen. Die steuerbaren Einkommen der Familienhaushalte wachsen. Arbeitsplätze werden geschaffen, zu einer Zeit, in der Arbeitsplätze Mangelware sind. Wenn jemand einer Tätigkeit nachgehen kann, ist er unter Umständen nicht mehr auf wirtschaftlichen Sozialhilfe angewiesen. Es gibt auch weitere Gründe, z.B. dass die Jugendlichen bzw. Kinder nicht auf der Strasse „herumlungern“ und dadurch keine Kosten entstehen. Das Beispiel von Zürich kann sicher nicht 1 zu 1 auf Kriens übertragen werden, aber die gezeigten Folien geben grundsätzliche Anhaltspunkte.

Helene Meyer-Jenni und der Sprecher hoffen, dass das Parlament, nachdem es den Auftrag erteilt hat, nun bereit ist, die entsprechenden Mittel zu sprechen, damit mit der Umsetzung 2007 begonnen werden kann. Der Sprecher schliesst mit einem Zitat aus der Wirtschaft (Bericht der Credit Suisse, Economic Briefing Nr. 40, Familienpolitik unter neuen Vorzeichen): „Eine deutlich gesteigerte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Voraussetzung für die zukünftige Finanzierung der sozialen Sicherheit und intakte Wachstumsperspektiven der Schweiz“.

Daniela Stutz namens der JCVP/CVP-Fraktion ist für Eintreten auf den Bericht und Antrag. Die Antworten auf dem Fragebogen haben gezeigt, dass die Notwendigkeit seitens der Familien für familienergänzende Betreuungsformen (Hort und Tagesschule) absolut gegeben ist. Die demografische Entwicklung, die neuen Familienformen, Sozialkompetenz, all dies führte wohl zu diesem Umdenken. Wer heute sein Kind in eine Krippe, in einen Hort oder in eine Tagesschule gibt, wird nicht mehr als Rabeneltern angesehen, wenigstens bei den meisten. Nach wie vor gibt es die ganz Kritischen, vielleicht auch unter den Anwesenden. Diese lädt die Sprecherin gerne ein, eine Krippe oder eine Tagesschule zu besuchen, um sich selbst ein Bild zu machen.

Der Hort scheint auch im Einwohnerrat ziemlich unbestritten zu sein. Viele Frauen müssen heute nebst Familie auch ihrem Beruf weiterhin treu bleiben. Nebst unbestrittenen finanziellen Gründen steht auch der Kontakt zur Arbeitswelt im Vordergrund. Ein Wiedereinstieg ist in vielen Berufen schwer und immer noch müssen grosse Rückstufungen in Lohn und Karriere hingenommen werden. Heute hat ein Arbeitgeber die Wahl, nicht die Familie. Und noch ein Argument: Ohne diese Einkünfte würden wohl viele Prämienverbilligungen mehr beantragt oder sogar Sozialhilfen.

Es gibt gute Gründe für die Tagesschule. Der Beruf verlangt von den meisten bereits Flexibilität und hohe Arbeitsbereitschaft. Sich ständig zu organisieren - was heute mit der tieferen Geburtenzahl absolut schwieriger ist - und die Anforderungen im Beruf gleichzeitig zu erfüllen, kann zu einer Überforderung der Familie führen. Die Tagesschule bietet hier eine Alternative zum Hort. In der Tagesschule werden die Kinder an 4 bis 5 Tagen betreut und es ergibt sich eine soziale Gemeinschaft. Warum soll der Staat nun diese Investitionen tätigen? Die Bildung ist die wichtigste Ressource der Schweiz. Nur mit einer guten Bildung fliesst genügend Geld in den Staat zurück, um weitere Investitionen zu tätigen und der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.

Die JCVP/CVP möchte ein herzliches Dankeschön an alle Familien aussprechen, die anderen Familien die Erwerbsarbeit ermöglichen. Nachbarschaftshilfe ist unbezahlbar, sie ist in einer Notsituation in Geld nicht aufzuwiegen. In der Notsituation wird diese Hilfe auch gerne gegeben und angenommen.

Die JCVP/CVP hat sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Dabei war die Tagesschule eine zentrale Frage. Die Fraktion ist mehrheitlich für die Einführung einer Tagesschule. Dabei ist es aber wichtig, dass der Bedarf nachgewiesen werden kann. Deshalb stellt auch die JCVP/CVP einen Ergänzungsantrag:

***Antrag unter Ziffer 6, Beschlusstext:***

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat das Konzept für die stufenweise Einführung einer Tagesschule auf den Schuljahresbeginn 2008/09 zu beantragen, sofern der Bedarf nachgewiesen werden kann.

Für die Mehrheit der Fraktion ist es sehr wichtig, dass weiterhin die Möglichkeit der Einführung einer Tagesschule besteht und diese nicht einfach in Vergessenheit gerät oder - wie es der Antrag der FDP verlangt - weiter hinausgeschoben wird (im Sinne eines Vergessensantrags). Über die Modalitäten wie Grösse der Klasse und Tarife sowie Modell soll weiter diskutiert werden. Der Einwohnerrat hat dann wieder die Möglichkeit, im detaillierten Bericht und Antrag Tagesschule Modalitäten anzupassen oder er kann die einzelnen Punkte heute deponieren. Der Hort, die Tagesschule sowie die Ergänzung der Kita werden ein Erfolg, daran glaubt die Mehrheit der JCVP/ CVP.

Dieser Planungsbericht hat einzig und allein das Ziel, die Rahmenbedingungen von erwerbstätigen Eltern zu verbessern, ohne dass die Betreuung des Kindes zu kurz kommt. Eine Veränderung braucht manchmal etwas Mut, diesen sollte man heute haben. Die Sprecherin bittet die Mitglieder des Einwohnerrats um Zustimmung zu ihrem Antrag sowie dem Bericht und Antrag. Es braucht dieses Angebot in Kriens.

Martin Heiz namens der SVP-Fraktion ist an und für sich für Eintreten. Er stellt aber einen Rückweisungsantrag, um dem Gemeinderat eine zweite Chance zu geben, diesen Bericht und Antrag zu überarbeiten.

Viele darin enthaltene Aussagen kann die SVP nicht unterstützen. Man merkt der Vorlage an, dass eigentlich nur Nutzniesser daran gearbeitet haben. Von den Parteien, die heute darüber befinden, war niemand in den verschiedenen Arbeitsgruppen dabei. Man will allen, ob Alleinerziehende, Doppelverdiener, ob reiche oder arme Personen, eine Chance geben, ihr Kind betreuen zu lassen. Es wird vor allem immer wieder darauf hingewiesen, dass die neuen Familienformen dies erfordern. Doch mit dieser Vorlage zielt man eher auf Sozialfälle ab als auf die neuen Familienformen. Anscheinend sind ja für Doppelverdiener oder vermögende Personen oder gute Steuerzahler - von denen es anscheinend schon Anfragen geben hat - keine Plätze reserviert. D.h. notabene sind genau diese, die finanziell etwas beitragen können, nicht berücksichtigt. Es ist wohl eine Absichtserklärung vorhanden, aber nirgends ist etwas explizit ausgewiesen. Die SVP fordert deshalb, dass alle Formen gebührend berücksichtigt werden. Es darf nicht sein, dass man sein Kind für Fr. 10.-- pro Tag einfach abschieben kann, um sich einen freien Tag zu machen, oder das Kind loszuwerden, weil es im Wege ist. Es kann auch nicht sein, dass man Kinder auf die Welt stellt und der Staat dann zu ihnen schauen soll. Eigenverantwortung ist so immer weniger gefragt. Die Mutter/Vater/Kind-Beziehung wird mit dieser Vorlage auf eine Wochenendbeziehung reduziert, und genau dadurch entstehen weitere Probleme, da keine normale Beziehung zu den Eltern aufgebaut werden kann. Die Frage sei erlaubt: Wer erzieht nun die Kinder: der Staat, die Lehrer oder die Eltern?

Das Problem, dass Kinder unbeaufsichtigt sind, ist auch mit dieser Vorlage nicht gelöst. Viele allein erziehende Eltern arbeiten heute am Abend, am Samstag oder sogar am Sonntag. Wer schaut zu diesen Kindern? Private Anbieter sind ebenfalls gefragt. Es ist ja schon komisch, wieso nicht schon früher Tageshorte von Privaten gegründet wurden. Oder ist die Nachfrage etwa doch nicht so gross, wenn dafür bezahlt werden muss?

Wieso hat man nicht auch mit dem Tagesplatzverein geschaut, ob man dieses Angebot weiter ausbauen kann? Wenn die Tageseltern einen besseren Lohn für Ihre Arbeit erhalten, so wären wahrscheinlich noch einige mehr bereit, sich als Tagesmutter zur Verfügung zu stellen.

Eine Umfrage ohne die Frage, wie viel man, für dieses oder jenes Angebot zu bezahlen bereit ist, ist für den Sprecher nicht glaubwürdig. Es ist nicht jedermanns Sache, einen objektiven und sachlichen Fragebogen zusammenzustellen. Es ist doch immer so: Wenn man nichts zum finanziellen Beitrag sagen muss, so will man alles und meldet sein Bedürfnis an. Der Sprecher ist überzeugt: Sobald die Frage des finanziellen Beitrages enthalten ist, würden einige anders antworten.

Auch die Blockzeiten werden noch Auswirkungen auf diese Vorlage haben. Deshalb ist die SVP der Meinung, man muss abwarten, wie diese sich auf das Bedürfnis auswirken. Sie sieht, dass es neue Familienformen gibt, dass ein anderes Bedürfnis für die Betreuung der Kinder vorhanden ist. Aber ob diese Vorlage das Richtige ist und ob nur von einer Seite dieses Angebot ge-

nützt werden soll und ohne dafür eine Gebühr bezahlen zu müssen, dahinter stellt die SVP ein Fragezeichen. Auch immer wieder kommt das Argument, das sich Kriens keine Steuersenkung leisten kann. Wenn man natürlich im Vorfeld alles mögliche dem Staat aufbürdet und alljährlich mehr Ausgaben beschliesst, dann geht es nicht mehr auf. Für alles ist der Staat nicht verantwortlich, sondern die Eigenverantwortung ist immer noch wichtiger.

Die SVP wird in der Detailberatung noch auf einige Punkte zu sprechen kommen. Sie kann diesen Planungsbericht nicht zur Kenntnis nehmen und wird den Bericht und Antrag in der vorliegenden Form ablehnen.

Matthias Senn namens der FDP-Fraktion erachtet den geplanten Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung als richtig. Die Gesellschaft fordert dies. Nicht jede Familie braucht das gleiche Angebot, entsprechend ist auch das Konzept ausgestattet. Im Grundsatz wird dieses von der FDP-Fraktion unterstützt.

Kriens ist in der glücklichen Situation, dass der gemeinnützige Frauenverein bereit ist, die Trägerschaft für die Führung des Hortes mit integriertem Mittagstisch zu übernehmen. Dafür gebührt ihm ein Dank seitens des Rates für diese Unterstützung. Die FDP-Fraktion erachtet es als vernünftiger, Erfahrungen beim Hort zu sammeln und dann aufgrund dieser Erfahrung über die Tagesschule zu entscheiden.

In der Schweiz wird unter dem Begriff Tagesschule nicht immer das Gleiche verstanden. Die Tagesschule Thun ist ein Modell von Schule und Betreuung. Sie ist anders organisiert als das Konzept des Gemeinderates Kriens. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass sich die Bedürfnisse verändern, wenn die Blockzeiten eingeführt sind und ein Hortangebot geschaffen ist. Die FDP-Fraktion fordert deshalb einen Zwischenbericht als weitere Entscheidungsgrundlage für die Tagesschule. Auch beim vorhergehenden Traktandum wurden weitere Entscheidungsgrundlagen gefordert. Der Sprecher stellt deshalb folgenden Antrag:

***Antrag unter Ziffer 6, Beschlusstext:***

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat das Konzept für die stufenweise Einführung einer Tagesschule auf einen späteren Zeitpunkt zu beantragen.

***Antrag unter Punkt 7, Beschlusstext (neu einfügen):***

Dem Einwohnerrat ist ein Zwischenbericht über die Erfahrungen mit der familienergänzenden Kinderbetreuung zwei Jahre nach Einführung des Hortes zu unterbreiten, um damit weitere Entscheidungsgrundlagen für die Tagesschule zu schaffen.

Dieser Zwischenbericht ist dann sinnvoll, wenn auch echte Erfahrungen vorliegen. Die FDP-Fraktion sieht dies nach zwei Jahren. Vielleicht wird mit dem Hort das gleiche Ziel erreicht. Die FDP-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag zu, mit Ausnahme des vorgegebenen Fahrplans für die Tagesschule.

Pia Zeder namens der SP/GB-Fraktion erklärt, dass ein kurzer Blick ins Internet zeigt, dass der Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern schweizweit diskutiert wird und breite Zustimmung findet. Neben den linken Parteien, die dieses Anliegen seit langem unterstützen, setzten sich in der letzten Zeit auch Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien dezidiert für einen Ausbau ein. So fordert z.B. die CVP als Familienpartei in einer Medienmitteilung Strukturen, die beiden Eltern erlauben, berufstätig zu sein,

wenn sie dies wünschen und erwähnt neben den Blockzeiten explizit Kinderkrippen und Tages- schulen. Die FDP als Wirtschaftspartei verlangt in ihrem Positionspapier zur Familienpolitik neben Blockzeiten Lösungen für die Betreuung während der Mittagszeit und die Förderung von Tages- schulen, wo der Bedarf gegeben ist.

In seinem Bericht und Antrag nimmt der Gemeinderat diese aktuellen gesellschaftlichen und politischen Anliegen auf und erfüllt den Auftrag zur konkreten Planung und Umsetzung einer verbesserten familienexternen Kinderbetreuung in Kriens, ein Auftrag notabene, den er im Jahr 2004 vom Einwohnerrat erhalten hat.

Die SP/GB hat den Bericht und Antrag mit Interesse gelesen. Er zeigt die Komplexität der Thematik auf und schlägt, gestützt auf eine umfassende Bedarfsabklärung, einen sinnvoll ge- staffelten Ausbau mit gut aufeinander abgestimmten Angeboten vor. Die Fraktion beurteilt den Ausbau insgesamt als sehr zurückhaltend und hätte sich eine forscherere Gangart gewünscht (speziell auch bei den Kitas), kann dem Gesamtpaket im Sinne eines ersten Schritts aber zu- stimmen. Wenn damit der Bedarf nicht gedeckt werden kann, müssen weitere Ausbauschritte folgen. Von eminent wichtiger Bedeutung ist für die SP/GB das Zusammenspiel der verschie- denen Betreuungsangebote, wie es im Bericht und Antrag treffend beschrieben ist. Die Frakti- on ist überzeugt, dass familienexterne Kinderbetreuung nur so bedarfsgerecht und kostengüns- tig betrieben und ausgebaut werden kann. Ein Ausspielen der unterschiedlichen Angebote ge- genseitig macht keinen Sinn. Sie sind alle wichtig. Jedes dieser Angebote deckt unter- schiedliche Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Familien ab. Genauso wie es die Familie in einer festen Form (Vater als Alleinverdiener, Mutter als Hausfrau, 1 oder mehrere Kinder) heute nicht mehr gibt, genauso vielfältig müssen die ergänzenden Betreuungsangebote ausgestaltet sein, sollen sie die Familien wirklich entlasten.

In einem Hort wechselt die Zusammensetzung der Kinder und teilweise auch der Betreuungs- personen von Tag zu Tag. Während Kinder, die zwei Tage pro Woche ausserhalb der Familie betreut werden, in einem Hort mit Mittagstisch gut versorgt sind und bei den heutigen Klein- familien sogar von der wechselnden Zusammensetzung von Kindern und Betreuungspersonen profitieren können, könnte ein Kind, das an allen Wochentagen (Montag - Freitag, Morgen, Mit- tag und Nachmittag) familienextern betreut wird, durch immer wieder wechselnde Gruppenzu- sammensetzungen und verschiedene Betreuungspersonen überfordert sein. Die Tagesschule bietet für dieses Kind die erforderliche stabile Betreuungssituation.

Der Bericht und Antrag sieht einen gestaffelten Ausbau der verschiedenen Angebote vor und ermöglicht damit die Anpassung nachfolgender Angebote, im Speziellen der Tagesschule, wo die Auswirkungen der Blockzeiten abgewartet werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint der SP/GB-Fraktion verantwortungsvoll. Ganz im Gegensatz zu jenem der FDP, die einen Antrag auf Zurückstellung der Tagesschule eingereicht hat und damit einen Teil aus dem Gesamtkonzept herausbrechen will.

Der geplante Ausbau bzw. Aufbau verursacht Kosten. Diskutiert wird vor allem der Kostende- ckungsgrad. Zwar entstehen mit dem Ausbau des Betreuungsangebots jährlich wiederkehrende Mehraufwendungen, Kriens erhält in anderer Form aber auch wieder Geld zurück (z.B. weil sich die wirtschaftliche Sozialhilfe durch die erhöhte Erwerbstätigkeit einer allein Erziehenden re- duziert oder weil sich ein junges Ehepaar entschliesst, nach Kriens zu ziehen). Der allein erzie- henden Frau und dem jungen Paar wünscht die SP/GB das, was sie selbst bereits hat: Lust auf Kriens mit einem gut ausgebauten Angebot an familienexterner Kinderbetreuung inkl. Tages- schule. Die SP/GB-Fraktion ist daher einstimmig für Eintreten auf die Vorlage.

Johanna Dalla Bona stellt erfreut fest, dass die FDP heute andauernd erwähnt wird. Sie wehrt sich aber gegen die vorgebrachten Vorwürfe. Es ist bestimmt nicht so, dass die FDP gegen die geplante Tagesschule ist. Sie verlangt aber vorher eine seriöse Abklärung. Bei einer konkreten Betrachtung der Situation zeigt sich, dass zurzeit keine seriöse Evaluation möglich ist. Die Blockzeiten werden eingeführt, der Hort wird im 2007/08 eröffnet und die Tagesschulen soll im Jahr 2008 eingeführt werden. Für die entsprechenden Anmeldungen braucht es auch noch einige Zeit. Somit kann der Bedarf nicht seriös ausgewiesen werden. Der geplante zeitliche Ablauf geht einfach zu schnell. Gerade als ehemaliges Mitglied der Schulpflege hat sie solche Situationen schon von Seiten des Kantons miterlebt. Wenn sich dies bei der Krienser Tagesschule wiederholt, wäre es sehr schade.

Peter Mattmann erachtet die Vorlage im Detail für gut ausgearbeitet, er wird aber mit einem „Knurren“ zustimmen, weil er die Begründung so nicht ganz akzeptieren kann. Es werden ihm zu viele Zitate von der Credit Suisse und anderen Grossbetrieben vorgelegt. Man sieht hier nur den „Honig“. Die grundsätzliche Frage, wer die Kinder eigentlich erziehen soll, geht unter. Der vorgeschlagene Weg des Gemeinderates fördert die Kollektiverziehung, aber er selbst ist eher der Ansicht, dass man Massnahmen gegen diese Tendenz der elternlosen Gesellschaft ergreifen sollte. Als Beispiel für deren Auswirkungen kann man die Hooligans in Frankreich nennen. Dort haben die Eltern keinen Einfluss mehr.

Bei allein Erziehenden muss man selbstverständlich diese Einrichtungen so billig wie möglich anbieten. Bei Paaren, wo die Eltern die Erziehung des Kindes aufteilen, ist dies zwar wünschbar, aber dafür braucht es keine staatliche Unterstützung. Diese benötigt es nur bei den schwachen Einkommensschichten, dort muss der Staat unterstützen, helfen und ermöglichen. Es muss aber bereits bei der Einführung klar kommuniziert werden, dass es sich nicht um eine selbstverständliche Leistung für jedermann handelt. Der Sprecher vermisst aber gerade diese Sicherung im Bericht und Antrag und schliesst sich deshalb dem Antrag der FDP an, damit die Frage geklärt wird, wo die Grenze gesetzt wird, so dass kein staatlicher Auftrag ohne Beschränkung erteilt wird.

Helene Meyer-Jenni informiert Daniela Stutz darüber, dass die erwähnte Arbeitsgruppe die Schulpflege sein wird. Diese wird weiterarbeiten am Modell der Tagesschule. Die SVP spricht sich dagegen aus, die Tagesschule für die sozial Schwachen einzurichten, Peter Mattmann fordert aber genau dies. Die Sprecherin möchte vom Einwohnerrat wissen, wie diese Meinungen umgesetzt werden sollen?

Selbstverständlich sollen nicht alle diese Leistungen erhalten. Im Moment hat Kriens rund 2'000 Primarschüler/innen und Kindergärtner/innen. Selbst bei einem Vollausbau gäbe es nur 170 Plätze auf diese Anzahl Kinder. Somit kann es gar nicht so sein, dass das Angebot für alle ermöglicht wird. Dies wäre auch nicht sinnvoll und würde der eigenen Kultur nicht entsprechen. Sie geht einig mit der von Peter Mattmann aufgeworfenen Fragestellung, wer die Kinder erziehen soll, bringt die Worte aber in eine andere Reihenfolge und stellt fest, dass die Kinder erzogen werden sollen. Die Chancengleichheit soll ermöglicht werden und auch der Geburtenrückgang muss zu denken geben.

Matthias Senn sagte, in weiten Teilen sei die FDP erfreut. Sie kann die gestellten Fragen nachvollziehen und hält fest, dass diese nochmals angesehen werden. Bezüglich der Bedarfsabklärung geht sie davon aus, dass es um die Zahlen der Anmeldungen geht. Aber es erklärt sich von

selbst, dass - wenn man nicht weiss, ob wirklich ein Angebot geschaffen wird oder nicht - diese Anmeldungen auch noch nicht eingetroffen sind. Zuerst muss man doch sagen, ob und wie das Angebot möglich ist. Wird dem Antrag der FDP entsprochen, wird es ca. 2011 oder 2012, bis man etwas machen kann. Die Konkretisierung des Bedarfs wird der Gemeinderat selbstverständlich – sobald möglich – vornehmen. Dazu möchte die Sprecherin unbedingt festhalten, dass die beiden Angebote nichts miteinander zu tun, weil Horte andere Altersgruppen als Tagesschulen ansprechen.

Johanna Dalla Bona weist Peter Mattmann darauf hin, dass nicht nur die Grossindustrie Betreuungsplätze fordert. Die heutigen jungen Frauen gehen anders damit um und möchten weiterhin arbeiten. Vielleicht in einem Umfang zwischen 10 – 30 %. Für diese reicht aber das Angebot des Horts. Die Sprecherin bezweifelt, dass für diese die Tagesschule ein Bedürfnis ist. Deshalb sollte man sich Zeit lassen und Erfahrungen sammeln.

Rolf Bättig bezieht sich auf die Aussage von Pia Zeder und hält fest, dass es ihn demnach nicht mehr gibt, da in seiner Familie er den Erwerb bestreitet und seine Frau den Haushalt führt.

Der Sprecher bezweifelt die erwähnte Selbstfinanzierung. Wenn man mit Zwang etwas durchboxen will, ergibt dies meist nicht die beste Lösung. Hier spricht man von Fr. 416'000.-- die pro Jahr anfallen werden, beim vorherigen Traktandum ging es um einen einmaligen Betrag von Fr. 400'000.--. Sein Fazit: Dem Hort zustimmen, aber bei der Tagesschule erst die Bedingungen sauber abklären.

Für Patrick Koch ist die seriöse Abklärung ein ausgewiesenen Bedarf. Mit der Einführung der Blockzeiten von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr zeigt sich eine ganz neue Ausgangslage. Diese Schulzeiten ermöglichen es dem zweiten Elternteil, einem Job nachzugehen. Insbesondere, nachdem auch das Angebot des Mittagstischs besteht.

Judith Luthiger stellt klar fest, dass es keine Zwängerei ist, die Tagesschule einzuführen. Erstmals wurde diese 1988 gefordert mittels Motion. Nun, 18 Jahre später, will man das Projekt nochmals um 2 Jahre verzögern. Es wurde bereits gesagt, dass 170 Plätze wenig sind auf eine Gemeindegrösse von 25'000 Einwohner. Zu Patrick Koch hält die Sprecherin fest, dass es zwar stimmt, dass die Blockzeiten die Ausgangslage verändern. Aber sie hat von vielen Müttern gehört, dass es ein Problem ist, dass die Kinder nur am Morgen in der Schule sind, weil sie ganze Tage arbeiten müssen und ihre Arbeitgeber nicht flexibel reagieren können. Die Mütter können ihre Arbeitszeiten somit nicht nur auf mehrere Vormittage verlegen.

Cyrill Wiget hat die Vorteile der Tagesstruktur bei der Tagesschule bereits ausgeführt. Diese ist etwas ganz anderes als der Hort. Judith Luthiger vermutet, dass bei der SVP und der FDP vor allem das Geld im Vordergrund steht. Avenir suisse wurde bereits genannt und Cyrill Wiget hat aufgezeigt, dass auch Gelder zurückfliessen. Es ist gescheiter, das Geld jetzt in die zukünftigen Erwachsenen zu investieren, als die Steuern senken zu wollen.

Die Positionspapiere der CVP sowie der FDP wurden bereits angesprochen. Unsere Gesellschaft hat sich verändert und die Politiker können und dürfen ihre Augen nicht verschliessen. Es ist ein kleiner Schritt und die Sprecherin hofft, dass der Einwohnerrat heute den Mut hat, diesen

Schritt zu machen. Für Kinder ist die Tagesschule eine Chance, da die Betreuer nicht täglich ändern und die Struktur gegeben ist. Es gibt Kinder, die dies brauchen. Die Sprecherin hofft inständig, dass die pädagogischen und auch die anderen Vorteile erkannt und nicht nur die Kosten in den Vordergrund gestellt werden. Die Bedürfnisabklärung wurde nämlich bereits seriös vorgenommen.

Pia Zeder entschuldigt sich bei Rolf Bättig für ihre missverstandene Aussage. Sie ist eine klare Verfechterin dafür, dass Familien dasjenige Modell leben, das ihnen gefällt. Sie wollte eigentlich sagen, dass es heutzutage verschiedene Formen gibt und nicht nur das klassische Modell „Vater arbeitet, Mutter führt den Haushalt“.

Die Betrachtung des Ganzen ist wichtig. Eine erneute Abklärung bedeutet lediglich eine Verschiebung auf die Jahre 2011/2012, bis dann fehlen ca. 40 Plätze. Selbst wenn das Hortangebot ausgebaut wird, fehlt ein ganzer Teil. Kriens ist zwar speziell, aber man kann Kriens trotzdem auch mit anderen Gemeinden vergleichen. Deshalb kann man sich auf die Aussagen von Anderen stützen und ihnen abnehmen, dass der Bedarf gegeben ist. Die konkrete Vorlage wird ohnehin noch im Einwohnerrat behandelt. Pia Zeder vertraut dem Gemeinderat und ist sich sicher, dass dieser - wenn sich zeigt, dass es die Tagesschule nicht braucht - auch keine solche aufbauen wird.

Peter Mattmann erklärt nochmals, dass den Eltern ein falsches Signal gegeben wird. Die Gemeinde muss doch zeigen, dass sie es für optimal hält, wenn die Eltern ihre Kinder selbst betreuen. Die Halbtagsarbeit (Job-Sharing) ist eine viel bessere Möglichkeit als die Fremdbetreuung.

Diese Vorlage bezeichnet sich auf Seite 5 des Bericht und Antrages als Förderungsvorlage und die Tagesschule soll eingeführt werden. Aber man darf damit nicht das Modell der Fremdbetreuung fördern, sondern darf dieses Angebot nur den Leuten ermöglichen, bei denen es nicht anders geht. Auch er hat viel Erfahrung mit jungen Paaren. Er hat keine Angst, dass die Tagesschule uferlos wird, denn die meisten Frauen möchten gar keine Fremdbetreuung, sondern würden Job-Sharing vorziehen. Die Gemeinde sollte sich überlegen, wie man dies fördern kann. Job-Sharing ist ein riesiges Privileg, diese Erfahrung durfte der Sprecher selbst machen.

Daniela Stutz erachtet eine Steuersenkung auch mit Zustimmung zu dieser Vorlage nicht für ausgeschlossen. Diese kann genau so sinnvoll sein wie die Einführung der Tagesschule. Auch sie möchte dem gemeinnützigen Frauenverein danken für dessen Leistungen und die Übernahme des neuen Angebots. Zu Johanna Dalla Bona hält die Sprecherin fest, dass die Formulierung „zu einem späteren Zeitpunkt“ vermuten lässt, dass man damit „irgendwann dann einmal“ meint. Bereits heute nützen aber 10 Personen den Mittagstisch. Es wird - wie aufgezeigt wurde - zwingend mehr Kinder geben, somit wäre der Bedarf gegeben. In der Umgebung der Gemeinde Kriens bestehen relativ grosse Erfahrungen – auch betreffend der Tagesschule: Es sind rund 70 Tagesschulen bzw. Betreuungen mit Hort vorhanden.

Peter Mattmann war in einer privilegierten Situation, was nicht alle sind. Es sollte ein Mix entstehen zwischen denen, die das Angebot zahlen können (und auch zahlen müssen) und denen, die entlastet werden sollen. Zu der von Martin Heiz vorgeschlagene Lösung mit der Erweiterung im Bereich der Tagesmütter hält die Sprecherin fest, dass das heutige Familienmodell vielleicht einen anderen Ansatz hat: Tagesschulen sind pädagogisch vielleicht wertvoller, weil es dort mehr Kinder hat. (Bei der Tagesmutter ist die Anzahl der Kinder begrenzt). Die von Patrick

Koch erwähnten Blockzeiten dauern, soviel die Sprecherin weiss, von 8.15 Uhr – 11.45 Uhr. Dies wäre somit bereits eine halbe Stunde weniger als Patrick Koch ausgeführt hat. Und je nach Arbeitsort kann die Zeit, um einer Arbeitstätigkeit nachzugehen, somit sehr knapp sein.

Daniela Stutz stimmt Peter Mattmann zu, dass viele Frauen lieber andere Lösungen, z.B. Job-Sharing wählen würden. Als aber die Diskussionen um den Vaterschaftsurlaub angelaufen waren, zeigte sich, dass es in der Wirtschaft schwer werden wird, gute Stellen mit Halbtagesarbeit zu finden. Die Wirtschaft ist noch nicht so weit, es muss noch ein Umdenken stattfinden. Deshalb wird die Tagesschule gebraucht.

Stefan Meyer weist auch auf die Sicht des Kindes hin. Freizeit und Ferien spielen eine wichtige Rolle. Kinder sollten deshalb dort, wo sie zuhause sind, ihre Kameraden finden und wissen, was sie dort machen können. Bei einem Tagesschulaufenthalt können diese Kontakte aber gar nicht aufgebaut werden. Die ordentliche Schule ist ein perfekter Platz, damit auch Eltern eine Plattform für Kontakte finden. Dies fehlt bei Tagesschule. Diese Vorlage schürt das Empfinden, dass die öffentliche Hand ein Angebot zur Verfügung stellen soll. Bei der Wirtschaft und in den Köpfen der Leute wird dies so ankommen, was einfach falsch ist. Deshalb ist eine sorgfältige Überprüfung auch so wichtig. Er unterstützt den Antrag der FDP.

Johanna Dalla Bona bezieht sich auf die Aussage von Judith Luthiger, gemäss welcher die Mütter an zwei oder drei Nachmittagen den Bedarf nach einer familienergänzenden Kinderbetreuung haben. Dafür reicht aber auch der Hort aus. Wenn dies nicht der Fall ist und sich dies zeigt, wird der Gemeinderat bzw. der Einwohnerrat sicher reagieren. Auch der Vergleich mit anderen Tagesschulen kann nicht 1 zu 1 erfolgen, beispielsweise ist die Tagesschule in Thun gleich organisiert wie in Kriens der Hort. Die Sprecherin steht klar hinter der Tagesschule, wenn der Bedarf vorhanden ist, aber es darf kein Schnellschuss sein.

Markus Hadorn kann die Argumente der FDP nicht annehmen. Sie sind eine Ignoranz gegenüber den Leuten, die in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet haben. Man sucht hier das „Haar in der Suppe“. Dass zu wenig evaluiert wurde, könnte man mit den gleichen Argumenten auch bei der Kita oder dem Hort behaupten. Der FDP geht es im Grunde um etwas Anderes.

Heute hat man gehört, der Wunsch wäre, dass die Eltern je 50 % arbeiten können. Es klingt beinahe so, als wäre das eine neue Erkenntnis, dabei setzt sich die SP schon seit langer Zeit dafür ein, dass Mütter auch Arbeitsplätze erhalten. Im Weiteren wird heute immer von der öffentlichen Hand bzw. einem „Förderantrag“ gesprochen. Man kann aber auch sagen, es ist ein Reaktionsantrag wegen Entwicklungen, auf die die öffentliche Hand keinen Einfluss hat. Es darf nicht sein, dass es „asoziale Jugendliche“ gibt, weil die staatliche Verantwortung verpasst wurde. Man kann sich dieser Aufgabe einfach nicht entziehen. Auch bei anderen Orten funktioniert die Tageschulen neben anderen Angeboten. In der Branche, in der der Sprecher tätig ist, werden Teilzeitjobs langsam zum Problem. Deshalb ist es wichtig, dass die verschiedenen Institutionen verschiedene Angebote anbieten.

Helene Meyer-Jenni teilt die Auffassung, dass viele Frauen in Teilzeitjobs arbeiten müssen bzw. können, aber es gibt auch viele Sektoren, in denen dies nicht möglich ist, gerade bei den qualifizierten Berufen. Den Einwand, es handle sich um eine „Honig-Aktion“ möchte die Spre-

cherin entkräften, schliesslich spricht man hier lediglich von 10 Plätzen pro Jahrgang. Es soll auch keine Verstaatlichung erfolgen.

Der Hort- und Tagesschulplatz sind von der Finanzierung her praktisch identisch. Der Gemeinderat hat sich beim vorgeschlagenen Zeitplan 08/09 sehr wohl etwas überlegt: Dann findet voraussichtlich eine Reduktion der Schülerzahlen statt. Eine Regelklasse kostet etwas über Fr. 50'000.--, die Tagesschule kostet etwas mehr als Fr. 60'000.-- zusätzlich. Eventuell wird durch die Tagesschule der Abbau einer Regelklasse möglich.

Rolf Bättig hat in seinen Voten die Aussagen gemacht, dass man mutig, fortschrittlich und visionär sein muss. Nun sollte man dies auch sein.

Werner Baumgartner möchte abstimmen lassen.

Rolf Bättig spricht sich natürlich für ein mutiges, fortschrittliches und visionäres Handeln aus. Aber ein Blankoscheck soll nicht erteilt werden. Judith Luthiger erzeugte den Eindruck, dass der FDP das Thema Bildung nicht wichtig ist. Dies stimmt aber nicht. Auch wehrt sich der Sprecher gegen den Ausdruck „Scheinverzögerung“; das ist nicht seine Art zu politisieren.

Pia Zeder verzichtet auf ihr verlangtes Wort.

Cyрил Wiget kann die gehörten Aussagen nicht so stehen lassen. Es geht ihm nicht nur darum, eine Ratskollegin zu unterstützen. Fakt ist, dass das ganze Projekt funktioniert, weil die Plätze aufeinander abgestimmt sind. Wenn man nun einen Teil herausbricht, stimmt das Konzept nicht mehr.

Im Jahr 2004 hat die FDP dem Gemeinderat einen Tadel erteilt, weil dieser die Umsetzung verzögert habe und nun, wo eine moderate Vorlage vorhanden ist, sagt man, es gehe zu schnell. Zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe hält der Sprecher fest, dass die Parteien dazu den Auftrag erteilt haben. Die Arbeitsgruppe wurde anschliessend mit Fachleuten zusammengesetzt, wie dies gewöhnlich auch der Fall ist.

Von Seiten des Einwohnerrats wurde heute vorgeschlagen, der Tagesplatzverein soll das Angebot übernehmen. Dies würde aber auch etwas kosten. Der heutige Deckungsgrad liegt bei ca. 40%. Unter Berücksichtigung der erwähnten Lohnerhöhungen hätte man dann vielleicht noch einen solchen von 20% und somit käme dieses Angebot teurer zu stehen als der Vorschlag des Gemeinderates. Der Sprecher möchte aber gleichzeitig auch festhalten, dass das Angebot des Tagesplatzvereins heute zu wenig erwähnt wurde.

Die verlangte Sicherung erfolgt bereits dadurch, dass es sich um eine wiederkehrende Leistung handelt. Diese muss immer wieder budgetiert werden.

Die Grossindustrien haben die Finanzen, um aussagekräftige Studien zu machen. Deshalb hat der Sprecher diese zitiert. Aber es geht nicht nur um die Grossindustrie. Gerade das Kleingewerbe ist es, das Probleme hat, entsprechende Arbeitskräfte zu finden. Der Vorsitzende stellt fest, dass der Einwohnerrat stillschweigend das Eintreten auf die Vorlage beschlossen hat. Ein **Rückweisungsantrag** der SVP liegt vor. Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen:

**Abstimmung (Rückweisungsantrag)**

Der Rückweisungsantrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende schlägt vor, zuerst die *dringliche Interpellation von Martin Heiz* zu beantworten und erteilt Cyrill Wiget das Wort.

Cyrill Wiget dankt dem Interpellanten für die vorgängige Zustellung des Vorstosses, da es sich bei der betroffenen Materie um eigenständige Institutionen handelt. Er dankt an dieser Stelle auch den zuständigen Personen bei den Instituten für die Beantwortung seiner Fragen innert Wochenfrist. Der Sprecher hat grosses Verständnis für die gestellten Detailfragen, er selbst brauchte einige Zeit, bis er sämtliche Mechanismen verstand bzw. wusste, welche Institution für welche Aufgabe zuständig ist. Der Sprecher beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Zuerst geht der Sprecher auf die entsprechenden Zahlen beim Chinderhuus ein:

**1. Wie hoch ist die Warteliste für die jeweiligen Angebote die heute bestehen?**

Auf der Warteliste befinden sich zur Zeit 19 Kinder. 11 Kinder im Alter von 2 - 5 Jahren, 8 Kinder im Alter von 0 - 2 Jahren. Es könnten noch mehr sein, aber Kinder unter 2 Jahren werden nicht mehr auf die Liste aufgenommen, weil dort 1 ½ Plätze pro Kind gerechnet werden müssten, was wieder weniger freie Plätze zur Folge hätte. Auch die Kleinpensen von 20% - max. 40% sind sehr gefragt.

**2. Wie hoch sind die Beiträge der Eltern heute?**

**4. Welche Einkommensschichten nutzen diese Angebote 2004, 2005, 2006?**

<i>Einkommens- stufe</i>	<i>Einkommen in CHF</i>	<i>Anzahl Kinder</i>	<i>Halbtag mit ME in CHF</i>	<i>Halbtag ohne ME in CHF</i>
1. Stufe	2500	7	13.20	11.--
2. Stufe	2501 – 3000	8	16.80	14.--
3. Stufe	3001 – 3500	8	20.40	17.--
4. Stufe	3501 – 4000	2	24.00	20.--
5. Stufe	4001 – 4500	3	27.60	23.--
6. Stufe	4501 – 5000	2	31.20	26.--
7. Stufe	5001 – 5500	0	34.80	29.--
8. Stufe	5501 – 6000	2	38.40	32.--
9. Stufe	6001 – 6500	1	42.00	35.--
10. Stufe	6501 – 7000	0	45.60	38.--
11. Stufe	7001 – 7500	1	49.20	41.--
12. Stufe	7501 – 8000	1	52.80	44.--
13. Stufe	8001 – 8500	2	56.40	47.--
14. Stufe	8501 - 9000	1	60.00	50.--

Das Platzgeld beträgt Fr. 6.-- pro Tag.

Für die Elternbeiträge sind das Netto-Monatseinkommen sowie allfällige Alimente, Renten und Unterstützungen massgebend. Bei 11 Kindern werden die Elternteile mit Sozialleistungen unterstützt.

Die Tarifstufe wird beim Eintritt des Kindes, sowie jährlich per 1. Februar und bei Stellenwechsel festgelegt. Bei Geschwistern wird ab dem zweiten Kind eine Reduktion von einer Tarifstufe gewährt, sofern die Kinder in der selben Institution betreut werden.

Zu beachten ist, dass die Aufteilung nach Einkommensschichten nicht aussagekräftig ist, da es zwei private Institutionen gibt, die vollkommen ausgebucht sind und keine Subventionen erhalten.

**3. Wie hoch ist der Deckungsgrad der Betriebskosten 2004, 2005, 2006?**

<i>Jahr</i>	<i>Deckungsgrad</i>
2004	35.0%
2005	33.2%

Es handelt sich dabei um einen sehr guten Deckungsgrad. Von einem Mitarbeiter weiss Cyrill Wiget das dieser deutlich über demjenigen der Stadt Luzern liegt.

**5. Aus welchen Ländern stammen die Benützer 2004, 2005, 2006?**

Momentan zeigt sich folgendes Bild:

<i>Nationalität</i>	<i>Anzahl Kinder</i>
Schweiz	31
Marokko	1
Portugal	1
Schweiz/Serbien	1
Schweiz/Indien	1

Im Schülerhuus werden seit je her ausschliesslich Kinder von Alleinerziehenden betreut. Diese Gegebenheit hat Auswirkungen auf alle nachfolgenden Punkte. Beim Schülerhuus zeigen die Zahlen folgendes Bild:

**1. Wie hoch ist die Warteliste für die jeweiligen Angebote die heute bestehen?**

Im Schülerhuus wird keine Warteliste geführt. Diese hat eigentlich auch keine Bedeutung, da es sich um ein sozial-pädagogisches Institut für Alleinerziehende handelt und es keinen Hort in Kriens gibt.

**2. Wie hoch sind die Beiträge der Eltern heute?**

**4. Welche Einkommensschichten nutzen diese Angebote 2004, 2005, 2006?**

<i>Einkommensstufe</i>	<i>Einkommen in CHF</i>	<i>Anzahl Kinder</i>	<i>Tag in CHF</i>	<i>Halbtag ohne ME in CHF</i>	<i>Halbtag mit ME in CHF</i>
1. Stufe	2500	1	19.--	9.50	13.50
2. Stufe	2501 – 3000	0	23.--	11.50	16.10
3. Stufe	3001 – 3500	8*	27.--	13.50	18.90
4. Stufe	3501 – 4000	1	31.--	15.50	21.70
5. Stufe	4001 – 4500	2	35.--	17.50	24.50
6. Stufe	4501 – 5000	1	39.--	19.50	27.30
7. Stufe	5001 – 5500	1	43.--	21.50	30.10
8. Stufe	5501 – 6000	0	47.--	23.50	32.90
9. Stufe	6001 – 6500	1	51.--	25.50	35.70
10. Stufe	6501 – 7000	1	55.--	27.50	38.50

\* In dieser Stufe gibt es eine Ballung, da alle Familien, die WSH beziehen, dort eingestuft werden. 6 der 8 Familien in der Stufe 3 beziehen WSH.

**3. Wie hoch ist der Deckungsgrad der Betriebskosten 2004, 2005, 2006?**

<i>Jahr</i>	<i>Deckungsgrad</i>
2004	23%
2005	27%

**5. Aus welchen Ländern stammen die Benützer 2004, 2005, 2006?**

Momentan zeigt sich folgendes Bild:

<i>Nationalität</i>	<i>Anzahl Kinder</i>
Schweiz	13
Sri Lanka	1
Russland	1
Kroatien	1
Afrika	1
Dom. Republik	1

Ab Sommer 2006 wird zusätzlich ein türkisches Kind in der Gruppe sein.

Beim Mittagstisch sind etwa 23 Kinder anwesend. Davon sind ca. 1 - 2 ausländischer Herkunft. Der Deckungsgrad beim Mittagstisch betrug 2004 22,3% und im Jahr 2005 27%.

Der Sprecher weist darauf hin, dass Esther Sigenthaler gerne bereit ist, weitere Auskünfte zu erteilen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht weiter verlangt wird. Somit beginnt die **Detailberatung**.

***Bericht und Antrag, Seite 13, Ziffer 10.1.13***

Heinz Schwarz bezieht sich auf den Satz: „Die ohnehin notwendige Sanierung des Heinrich-Walther-Hauses wird nach Angaben der Liegenschaftsverwaltung der Gemeinde mit ca. Fr. 190'000.00 veranschlagt.“ Der Sprecher möchte wissen, was dies für ein Projekt ist, da es sich um ein Schutzobjekt ersten Grades handelt. Ist die Denkmalpflege involviert?

Ausserdem wäre der Sprecher froh, wenn nach diesem Geschäft die Sitzung beendet werden könnte.

Cyрил Wiget erklärt, dass die Denkmalpflege nicht eingeschaltet wird, bevor der entsprechende Kredit gesprochen wird. Die Umnutzung wird erfolgen, wenn der Einwohnerrat heute ja stimmt. Dadurch werden gewisse Eingriffe nötig werden, der Sprecher versichert Heinz Schwarz aber, dass diese sorgfältig vorgenommen werden.

***Bericht und Antrag, Seite 12, Ziffer 10.1.5***

Martin Heiz möchte, dass die Betriebskosten zu 2/3 gedeckt sind und nicht , wie im Bericht und Antrag festgehalten, um min. 25%. Dieser Antrag stellt sicher, dass auch diejenigen Personen berücksichtigt werden, die den entsprechenden Preis zahlen wollen.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass Martin Heiz diesen Antrag beim Beschlusstext stellen muss.

Pia Zeder fragt sich, wie die SVP diesen Antrag umzusetzen will. Soll die wirtschaftliche Sozialhilfe erhöht werden, so dass der den Eltern fehlende Betrag ausgeglichen werden kann? Diejenigen, die soviel zahlen können, haben auch andere Möglichkeiten, z.B. eine private Lösung. Soweit die Sprecherin weiss, ist der vom Gemeinderat vorgeschlagene Kostendeckungsgrad mit den umliegenden Gemeinden vergleichbar.

Der Vorsitzende hält fest, dass auch bei Ziffer 10.2.7 eine Erhöhung verlangt wurde und fragt den Rat an, ob dieser nun über beide Anträge abstimmen will.

Martin Heiz geht es darum, dass eine Durchmischung stattfinden muss. Diejenigen, die zahlen können, sollen das Angebot auch nützen können. Wenn man Steuereinnahmen generieren will, ist man auf eine entsprechende Einkommensschicht angewiesen und nicht auf Personen, die nichts bringen.

Wiget Cyrill erklärt, dass erst ungefähr bei Stufe 17 eine Kostendeckung erreicht wird. Somit müsste man bei diesen Personen 150 bis 200 % verlangen, damit der Antrag der SVP erfüllt werden kann. Bei diesen Preisen werden die Eltern aber zu Privatangeboten wechseln.

Susanne Lanz findet diese Diskussion einfach nur abwegig und fragt sich, ob nicht alle Einwohnerräte ausgetauscht werden sollten, damit Personen dieses Thema besprechen, die etwas von der diskutierten Situation verstehen und nicht - wie das bei vielen im Einwohnerrat der Fall ist - nur die Seite der Gut-Verdiener nachvollziehen können.

Werner Baumgartner teilt die Auffassung von Susanne Lanz. Ihn stört ebenfalls der abschätzende Ton von Martin Heiz. Klar soll eine Durchmischung stattfinden und auch Wohlhabende sollen angezogen werden, dieser Antrag zerstört aber das ganze Werk.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SVP abstimmen:

***Abstimmung***

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zum Bericht und Antrag vorliegen, werden die Anträge zum Beschlusstext behandelt. Der Vorsitzende fragt die SVP an, ob sie an ihrem Antrag festhält, welcher wie folgt lautet:

*Der Planungsbericht familienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschule wird zur Kenntnis genommen.*

Martin Heiz ist der Meinung, dass man einen Planungsbericht nur zur Kenntnis nimmt. Deshalb hält er im Sinne der Gleichbehandlung an seinem Antrag fest.

***Abstimmung (Antrag SVP, Ziffer 1 Beschlusstext):***

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende erläutert, dass zu Ziffer 6 des Beschlusstextes mehrere Varianten vorliegen. Er schlägt vor, zuerst über den Antrag der SVP (ganze Ziffer rausstreichen) abgestimmt wird, weil sich bei einer Annahme weitere Abstimmungen erübrigen.

Martin Heiz zieht seinen Antrag zugunsten desjenigen der FDP zurück. Auch sein Antrag zu Ziffer 8 wird aufgrund der vorherigen Abstimmung hinfällig.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass somit noch folgende Anträge zu Ziffer 6 vorliegen:

***Antrag JCVP/CVP***

*Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat das Konzept für die stufenweise Einführung einer Tagesschule auf den Schuljahresbeginn 2008/09 zu beantragen, sofern der Bedarf nachgewiesen werden kann.*

***Antrag FDP***

*Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat das Konzept für die stufenweise Einführung der Tagesschule auf einen späteren Zeitpunkt zu beantragen.*

Der Vorsitzende stellt die beiden Anträge für die Abstimmung gegenüber:

***Abstimmung (Antrag JCVP/CVP gegen Antrag FDP, Ziffer 6 Beschlusstext):***

Der Antrag der JCVP/CVP obsiegt dem Antrag der FDP mit 15:11 Stimmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass somit der Antrag der JCVP/CVP demjenigen des Gemeinderates gegenübergestellt wird.

Franz Baumann macht beliebt, den Antrag der JCVP/CVP vorzuziehen. Dieser schlägt eine Brücke, damit die Tagesschule eine grössere Chance hat, durchzukommen. Insbesondere aufgrund der Tatsache, da für die Einführung der Tagesschule ohnehin ein erneuter Bericht und Antrag vorgelegt wird, der auch die entsprechenden Kosten ausweist, handelt es sich lediglich um eine Formsache.

***Abstimmung (Antrag JCVP/CVP gegen Antrag Gemeinderat, Ziffer 6 Beschlusstext):***

Mit 17:8 Stimmen spricht sich der Einwohnerrat für den Antrag der JCVP/CVP aus.

Der Vorsitzende fragt Matthias Senn an, ob die FDP an ihrem Antrag zu Ziffer 7, welcher wie folgt lautet, festhält:

*Dem Einwohnerrat ist ein Zwischenbericht über die Erfahrung mit der familienergänzenden Kinderbetreuung zwei Jahre nach Einführung des Hortes zu unterbreiten, um damit weitere Entscheidungsgrundlagen für die Tagesschule zu schaffen.*

Matthias Senn hält am Antrag fest, weil er möchte, dass der Zwischenbericht explizit festgehalten ist. Allerdings wird er aufgrund der vorherigen Abstimmung die enthaltende Frist von zwei Jahren aus dem Antrag gestrichen.

Cyrill Wiget erklärt, dass dieses Misstrauen unbegründet ist. Es trifft sicher nicht zu, dass von Seiten des Gemeinderates keine Infos erfolgen werden. Der Einwohnerrat wird orientiert, weshalb der Sprecher den Antrag der FDP freiwillig entgegennimmt.

Der Vorsitzende lässt - trotz dessen Annahme durch den Gemeinderat - über den Antrag abstimmen:

***Abstimmung (Antrag FDP, Ziffer 7 Beschlusstext)***

Mit 14:8 Stimmen wird dem Antrag entsprochen.

Der Vorsitzende verliest den angepassten Beschlusstext:

1. Der Bericht und Antrag Nr. 119/06 vom 12. April 2006 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, mit dem Gemeinnützigen Frauenverein eine Leistungsvereinbarung auf das Schuljahr 2007/08 abzuschliessen, die die Einrichtung und Führung eines Hortes mit integriertem Mittagstisch für schulpflichtige Kinder beinhaltet.
3. Die Kosten für die Renovation des gemeindeeigenen Heinrich-Walther-Hauses von Fr. 190'000.00 und die Kosten für die Einrichtung eines Hortes inkl. Küche von ca. Fr. 90'000.00 werden bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, für Kleinkinder im Vorschulalter bedarfsorientiert ca. 20 Kita-Plätze teil zu subventionieren (ab 2008 bis 2011 jährlich je fünf Kita-Plätze).
5. Der jährlich wiederkehrende Betriebskredit wird im Rahmen des ordentlichen Budgets bewilligt.
6. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat das Konzept für die stufenweise Einführung einer Tagesschule auf den Schuljahresbeginn 2008/09 zu beantragen, sofern der Bedarf nachgewiesen werden kann.
7. Dem Einwohnerrat ist ein Zwischenbericht über die Erfahrung mit der Familienergänzenden Kinderbetreuung nach Einführung des Hortes zu unterbreiten, um damit weitere Entscheidungsgrundlagen für die Tagesschule zu schaffen.
8. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Rückkommen nicht verlangt wird. Somit erfolgt die Schlussabstimmung:

***Abstimmung (Beschlusstext)***

Mit 21:5 wird der Beschlusstext genehmigt.

## ***Schluss***

Der Vorsitzende traktandiert - nach Absprache mit dem Interpellanten - das folgende Traktandum (dringliche Interpellation Baumgartner namens CVP: Seilpark Sonnenberg Nr. 122/06) ab. Es erfolgt eine kurze Pause, um anschliessend die Rechnung zu behandeln.

Hansruedi Kunz möchte - angesichts der vorgeschrittener Zeit und aufgrund der Tatsache, dass es sich bei den noch zu behandelnden Traktanden um Geschäfte handelt, die entweder nicht dringend sind oder bereits vergangenes behandeln, die Sitzung für heute schliessen. Dadurch bleibt Herrn Hodel genug Zeit, um einen interessanten Bericht für die NLZ abzufassen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Gemeinderat mit diesem Vorgehen einverstanden ist. Er lässt deshalb über den Ordnungsantrag von Hansruedi Kunz abstimmen:

***Abstimmung***

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 19:30 Uhr. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

***Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates***

Der Einwohnerratspräsident:



Robert Thalmann

Die Stimmenzähler:



Franz Baumann



Peter Schönenberger

Der Gemeindeschreiber:



Robert Lang

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Alexandra Renggli